



HESSEN



Bericht aus Brüssel

01/2021 vom 15.01.2021

Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union
21, Rue Montoyer, B- 1000 Brüssel
Tel.: 0032.2.739.59.00 Fax: 0032.2.732.48.13
E-mail: hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de

Inhaltsverzeichnis

Institutionelles.....	3
Corona.....	4
Außen- und Verteidigungspolitik.....	6
Wirtschaft.....	7
Verkehr.....	10
Energie.....	12
Digital.....	12
Forschung.....	13
Finanzdienstleistungen.....	15
Finanzen.....	16
Gesundheit und Verbraucherschutz	17
Umwelt.....	18
Landwirtschaft.....	20
Justiz.....	23
Inneres.....	24
Bildung und Kultur.....	25
Information, Kommunikation und Medien	26
EU-Förderprogramme.....	26
Veranstaltungen.....	27
Vorschau.....	29

Kommission; Brexit; Abkommen künftige Partnerschaft EU-GBR

Die Kommission hat am 24.12.2020 nach intensiven und langen Verhandlungen eine Einigung mit dem GBR über ein Abkommen hinsichtlich der Ausgestaltung der künftigen Partnerschaft erzielt. Das Handels- und Kooperationsabkommen (TCA) legt dabei die Bedingungen der künftigen Zusammenarbeit zwischen der EU und GBR fest. Die drei Hauptpfeiler des Abkommens sind ein Freihandelsabkommen in Form einer neuen Wirtschafts- und Sozialpartnerschaft, eine neue Partnerschaft für die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger und eine Horizontale Vereinbarung über die Governance. Das TCA umfasst daher vor allem die Bereiche Handel mit Waren und Dienstleistungen, Luftfahrt und Straßenverkehr, Energie, Fischerei, Koordinierung der Systeme der sozialen Sicherheit, Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung und Justiz, thematische Zusammenarbeit und die Teilnahme an Programmen der EU. Die inhaltlichen Bestimmungen des Abkommens zielen darauf ab, gleiche Wettbewerbsbedingungen und die Wahrung der Grundrechte zu gewährleisten. So soll z.B. ein Gemeinsamer Partnerschaftsrat eingesetzt werden, der Sorge dafür tragen soll, dass das Abkommen ordnungsgemäß angewandt und ausgelegt wird. Weiterhin enthält das TCA verbindliche Durchsetzungs- und Streitbeilegungsmechanismen. Die Mitgliedsstaaten haben am 29.12.2020 im Rat im schriftlichen Verfahren der Unterzeichnung sowie der vorläufigen Anwendung des Abkommens ab dem 01.01.2021 zugestimmt. Das Abkommen wurde am 30.12.2020 vom Präsidenten des Europäischen Rats Charles Michel und von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sowie dem britischen Premierminister Boris Johnson unterzeichnet. Für den Zeitraum bis zum 28.02.2021 wurde das TCA vorläufig für anwendbar erklärt. Die Ratifizierung des Abkommens durch das EP steht noch aus.

[https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22020A1231\(01\)&from=EN](https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:22020A1231(01)&from=EN)

Rat; PRT übernimmt EU-Ratspräsidentschaft

PRT übernimmt vom 01.01. bis zum 30.06.2021 die Präsidentschaft des Rates der EU. Der Vorsitz im Rat wird im turnusmäßigen Wechsel von sechs Monaten durch die Mitgliedstaaten (MS) wahrgenommen. Die portugiesische Ratspräsidentschaft steht unter dem Motto „Zeit zu liefern: ein fairer, grüner und digitaler Aufschwung.“ Der Vorsitz betont, dass PRT die Präsidentschaft in einem besonders schwierigen Moment übernehme, in dem die COVID-19-Pandemie und ihre sozioökonomischen Folgen eine beispiellose Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten darstellen würden und entschlossene wie weitreichende Maßnahmen erforderlich seien. Man werde daher an drei Hauptprioritäten arbeiten: Förderung der Erholung Europas (insbes. durch Transformationsprozesse in den Bereichen Klima und Digitalisierung), Implementierung der sozialen Säule der EU als Schlüsselement für die Gewährleistung eines fairen und integrativen Klimas und eines digitalen Übergangs sowie die Stärkung der strategischen Autonomie eines weltweiten Europas.

<https://www.2021portugal.eu/en/programme/priorities/>

Termine der portugiesischen Ratspräsidentschaft

Europäischer Rat: 18.-19.03., 01.-02.06.

Rat für Justiz und Inneres: 29.01. (Justiz, informell), 11.-12.03., 07.-08.04. (SAEGA, informell), 30.05.-01.06. (EU-MENA Kooperation, hochrangige Konferenz), 07.-08.06.

Rat für Landwirtschaft und Fischerei: 25.01., 22.02., 22.-23.03., 26.-27.04., 31.05., 13.-15.06., 16.-18.06., 28.-29.06.

Rat für Allgemeine Angelegenheiten: 26.01., 23.02., 23.03., 15.04. (Kohäsion), 20.04., 11.05., 17.05 (Informell), 18.05. (Kohäsion), 22.06.

Rat für Auswärtige Angelegenheiten: 25.01., 28.01. (Militärausschuss, Eröffnungszereemonie) 29.01. (Verteidigung, Seminar), 22.02., 02.-03.03. (Informell), 04.-05.03. (Informell), 22.03., 15.04. (EUMCWG/HTF), 19.-21.04. (Verteidigung, hochrangige EDA Konferenz), 04.05. (Verteidigung), 10.05., 20.05. (Handel), 24.-26.05. (EUMC MILREP), 25.05. (Entwicklung), 03.-04.06. (Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Arbeitsgruppen)

Rat für Wirtschaft und Finanzen: 18.01. (Eurogruppe), 19.01., 15.02. (Eurogruppe), 16.02., 15.03. (Eurogruppe), 16.03., 16.-17.04. (Informell), 17.05. (Eurogruppe), 18.05., 17.06. (Eurogruppe)

Rat für Wettbewerbsfähigkeit: 02.-03.02. (Forschung und Innovation, informell), 11.02. (Geistiges Eigentum, hochrangige Konferenz), 23.-26.02. (EU-Industrietage), 25.02. (Binnenmarkt und Industrie), 26.02. (Forschung), 22.-23.03. (Binnenmarkt und Industrie, informell), 14.05. (Nachhaltigkeit und Tourismus, hochrangiges Forum), 27.05. (Binnenmarkt und Industrie), 28.05. (Forschung und Raumfahrt), 03.-04.06. (Forschung und Innovation - nachhaltige Ozeane, Konferenz), 07.-10.06. (Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum, Arbeitsgruppe), 08.-09.06. („New Space Atlantic Summit“), 14.-15.06. (Binnenmarktforum)

Rat für Umwelt: 18.03., 23.04. (Informell)

Rat für Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz: 22.02.-23.02. (Informell), 02.03. (Beschäftigung, informell), 04.-05.03. (Sozialpolitik, informell), 15.03. (Sozialpolitik), 16.03. (Gesundheit), 19.-20.04. (Europäische Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen, hochrangige Konferenz), 31.05.-02.06. (eHealth, Gipfel), 14.06. (Sozialpolitik), 15.06. (Gesundheit), 21.06. (Wohnungslosigkeit, hochrangige Konferenz)

Rat für Bildung, Jugend, Kultur und Sport: 22.01. (Informell), 19.02., 17.-18.05., 15.06.

Rat für Verkehr, Telekommunikation und Energie: 29.03. (Start Europäisches Jahr der Schiene 2021), 29.-30.03. (Verkehr, informell), 22.04. (Energie, informell), 24.-25.06. (Verkehr, Telekommunikation, Arbeitsgruppen)

Corona

Kommission; Vorlage von Initiativen für unterstützende Maßnahmen in der Coronakrise

Am 21.12.2020 hat die Kommission den Mitgliedstaaten drei Initiativen als unterstützende Maßnahmen zur Konjunkturbelebung und Bewältigung der Coronakrise angekündigt. Erstens gehe es dabei um die Bereitstellung einer Orientierungshilfe für die Gestaltung der nationalen Aufbau- und Resilienzpläne. Die Kommission habe Standardvorlagen für genehmigungspflichtige staatliche Beihilfen erarbeitet, um diese in einem Zeitraum von sechs Wochen prüfen zu können. Zweitens sei eine mögliche Verlängerung der Gruppenfreistellungsverordnung in Aussicht gestellt worden. Diese soll die reibungslose Durchführung des Programms „InvestEU“, der Aufbau- und Resilienzfazilität, sowie anderer EU-Fonds und nationaler Fonds zur Unterstützung des wirtschaftlichen Aufbaus, ermöglichen. Außerdem sollen dadurch auch die EU-Ziele für den digitalen und den ökologischen Wandel besser gefördert werden. Dazu führt die Kommission gegenwärtig eine Befragung bei den Mitgliedstaaten (MS) durch. Drittens teilte sie mit, eine Umfrage in den MS gestartet zu haben hinsichtlich der Anwendung des Befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen. Auf Grundlage der Rückmeldungen der MS will die Kommission dann über mögliche weitere Maßnahmen entscheiden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2494

Rat; GRI macht Vorstoß bei Impfpässen zur Wiederherstellung der Freizügigkeit

Der griechische Ministerpräsident hat sich am 12.01.2021 in einem Schreiben an Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen für EU-Impfpausweise zur Wiederherstellung der EU-Freizügigkeit ausgesprochen. Mit dem Schreiben knüpft MP Kyriakos Mitsotakis den Vorschlag eines europaweit auf gemeinsamen Kriterien basierenden Impfpausweises an. Dies hatte die Kommission in ihrer Mitteilung „Sicher durch den Winter“ vom 02.12.2020 angeregt. Mitsotakis hält darin fest, dass GRI nicht zu Impfungen verpflichtet oder diese als Voraussetzung für Reisen verlangen möchte. Zugleich soll der Impfpausweis jedoch die Reisetätigkeit erleichtern und somit als Anreiz zur Durchführung einer Impfung und zum Erstellen eines entsprechenden Nachweises dienen. GRI erhofft sich hiervon eine schnellere Wiederherstellung der Freizügigkeit in der EU, die für sein Land auch hinsichtlich des Tourismus eine wichtige wirtschaftliche Komponente zur Überwindung der Krise und ihrer Auswirkungen darstelle.

EMA; Astra Zeneca beantragt bedingte Genehmigung für COVID-19 Impfstoffe

Am 12.01.2021 hat Astra Zeneca bei der Europäischen Arzneimittelagentur (EMA) die bedingte Genehmigung ihrer Impfstoffe, die gegen das Corona-Virus entwickelt wurden, beantragt. Der wissenschaftliche Ausschuss für Humanmedizin (CHMP) der EMA prüft nun die Daten des Herstellers. Die Veröffentlichung der Bewertung ist für den 29.01.2021 angekündigt.

<https://www.ema.europa.eu/en/news/ema-receives-application-conditional-marketing-authorisation-covid-19-vaccine-astrazeneca>

Kommission; Von der Leyen verteidigt Vorgehen bei Impfstoffbeschaffung

Am 08.01.2021 verteidigte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen die EU-Beschaffungspolitik hinsichtlich der Corona-Impfstoffe. Die Kommission habe zum Zeitpunkt des Beginns der Vertragsverhandlungen aus 160 Impfstoffkandidaten sechs besonders aussichtsreiche Kandidaten ausgewählt. Ein wichtiges Kriterium bei der Auswahl seien stets auch die tatsächlichen Lieferaussichten gewesen. Die sei nun auch bei Biontech/Pfizer dank eines entsprechenden Produktionsausbaus gegeben. Deshalb seien mit Biontec/Pfizer nunmehr Verträge über weitere 300 Mio. Dosen abgeschlossen worden. Gemeinsam mit dem Impfstoff von Moderna würden daher zeitnah insgesamt 380 Mio. Impfdosen zur Verimpfung bereit stehen. Dies entspräche einer Abdeckung von 80% der Bevölkerung in der EU.

<https://audiovisual.ec.europa.eu/en/topnews/M-006085>

EP; Erster Impfstoffvertrag in Lesesaal einsehbar

Am 12.01.2021 behandelte der Ausschuss für Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (ENVI) des EP die Impfstoffbeschaffung durch die Kommission. Die MdEP sprachen sich hierbei mehrheitlich für mehr Transparenz, nicht zuletzt um das Vertrauen in der EU-Bevölkerung zu stärken, aus. Die Generaldirektorin der GD Generaldirektion Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (SANTE) Gallina kündigte in diesem Zusammenhang an, dass der erste Vertrag (mit CUREVAC) nun, nach Zustimmung des Herstellers, in einem Lesesaal den MdEP zugänglich gemacht werde. Eine solche Zustimmung sei aufgrund vertragsrechtlicher Gründe notwendig. Sollten die weiteren Hersteller zustimmen, werde die Kommission diese ebenfalls in einem Lesesaal einstellen.

https://multimedia.europarl.europa.eu/de/committee-on-environment-public-health-and-food-safety_20210112-0900-COMMITTEE-ENVI_vd

Rat; EU ruft Iran zur Einhaltung des Atomabkommens auf

Der Hohe Vertreter für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell gab am 11.01.2021 in einer Erklärung bekannt, dass die EU die Urananreicherung des Iran, die gegen das Atomabkommen (Joint Comprehensive Plan of Action, JCPOA) verstoße und den diplomatischen Prozess sowie die stabilisierenden Bemühungen gefährde, verurteilt. In der Erklärung wird Iran aufgefordert, weitere Eskalation zu unterlassen und seinen Kurs unverzüglich aufzugeben. Die EU erkenne ihrerseits die Probleme an, die sich aus dem einseitigen Rückzug der USA aus dem Abkommen und der Verhängung von Sanktionen ergeben hätten. Allerdings habe die EU ihre Verpflichtungen aus dem JCPOA eingehalten. Zudem befürworte sie die laufenden diplomatischen Bemühungen im Rahmen der Gemeinsamen Kommission, die darauf abzielten eine vollständige Umsetzung des JCPOA sicherzustellen. Auch begrüße die EU die positiven Signale seitens des gewählten US-Präsidenten Biden.

[https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/01/11/iran-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-joint-comprehensive-plan-of-action-jcpoa-following-latest-iranian-activities/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Iran%3a+Declaration+by+the+High+Representative+on+behalf+of+the+EU+on+the+Joint+Comprehensive+Plan+of+Action+\(JCPOA\)%2c+following+latest+Iranian+activities](https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2021/01/11/iran-declaration-by-the-high-representative-on-behalf-of-the-eu-on-the-joint-comprehensive-plan-of-action-jcpoa-following-latest-iranian-activities/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Iran%3a+Declaration+by+the+High+Representative+on+behalf+of+the+EU+on+the+Joint+Comprehensive+Plan+of+Action+(JCPOA)%2c+following+latest+Iranian+activities)

Rat; politische Einigung über Europäische Friedensfazilität erzielt

Der Rat hat am 18.12.2020 eine politische Einigung über die Europäische Friedensfazilität, das neue globale haushaltsexterne Instrument zur Finanzierung außenpolitischer Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen im Rahmen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), erzielt. Ziele der Fazilität sind die Konfliktverhütung, die Friedenserhaltung und die Stärkung der internationalen Sicherheit und Stabilität. Mittels der neuen Friedensfazilität werde die EU in der Lage sein, einen Beitrag zur Resilienz der Partnerländer in Afrika und in der Nachbarschaft der EU zu leisten. Das neue „haushaltsexterne“ Instrument wird für den Zeitraum 2021-2027 mit Mitteln in Höhe von 5 Mrd. EUR ausgestattet und durch jährliche Beiträge der Mitgliedstaaten finanziert werden. Die Fazilität ist Teil eines umfassenden Ansatzes der EU für die Finanzierung von außenpolitischen Maßnahmen, der u.a. auch das Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit (NDICI) umfasst.

https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/council-reaches-a-political-agreement-on-the-european-peace-facility/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Rat+erzielt+politische+Einigung+%u00fcb+Europ%u00e4ische+Friedensfazilit%u00e4t

Rat; formale Einigung über das Binnenmarktprogramm

Die Botschafter der EU-Mitgliedstaaten haben am 18.12.2020 die Einigung über die Verordnung zur Aufstellung des Programms „über den Binnenmarkt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, einschließlich der kleinen und mittleren Unternehmen, und die europäischen Statistiken“ formal gebilligt. Rat und EP hatten bereits am 08.12.2020 eine vorläufige Einigung erzielt (vgl. BaB 23/2020). Das neue Binnenmarktprogramm für die Programmperiode 2021 bis 2027 soll u.a. die Umsetzung und Durchsetzung der Rechtsvorschriften der Union im Binnenmarkt für Waren und Dienstleistungen, Marktüberwachung, Standardisierung, Wettbewerbspolitik und Finanzdienstleistungen unterstützen.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/council-endorses-agreement-on-multiannual-single-market-programme/>

Kommission; Konsultationen zur Gruppenfreistellung für vertikale Vereinbarungen und die zugehörigen Leitlinien

Die Kommission hat am 18.12.2020 zwei öffentliche Konsultationen zur Gruppenfreistellung für vertikale Vereinbarungen und den zugehörigen Vertikal-Leitlinien veröffentlicht. Die jetzigen Bestimmungen gelten noch bis zum 22.05.2022. Da die Vertriebsmodelle aufgrund neuer Marktentwicklungen, wie im Bereich des Online-Handels und der Online-Plattformen, sich verändert hätten, müssten die Vorschriften angepasst werden. Die Frist für die Konsultationen endet am 26.02.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12636-Revision-of-the-Vertical-Block-Exemption-Regulation>

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12751-Revision-of-the-Vertical-Guidelines>

Kommission; Prüfung der Übernahme von Willis Towers Watson durch Aon

Am 21.12.2020 hat die Kommission eine eingehende Prüfung der Übernahme von Willis Towers Watson durch Aon eingeleitet. Die beiden Unternehmen sind führend auf dem Gebiet der Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlung sowie bei Dienstleistungen in den Bereichen Altersvorsorge, Gesundheitsvorsorge und allgemeines Wohlbefinden (Wellbeing) für gewerbliche Kunden. Eine erste Untersuchung hat bei der Kommission zu der Einschätzung geführt, dass wettbewerbsrechtliche Bedenken im Bereich der kommerziellen Maklerdienste – insbesondere für große multinationale Unternehmen, die auf Makler mit einem hohen Maß an Fachwissen und mit globaler Präsenz angewiesen sind – bestehen. Da AON und Willis Towers Watson während des Vorprüfverfahrens keine Verpflichtungszusagen unterbreitet haben, die die vorläufigen Bedenken der Kommission ausräumten, hat die Kommission jetzt die eingehende Prüfung eingeleitet.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2512

Kommission; Genehmigung des Zusammenschlusses von Fiat Chrysler Automobiles N.V. und Peugeot S.A unter Auflagen

Am 21.12.2020 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass ein Zusammenschluss von Fiat Chrysler Automobiles N.V. (FCA) und Peugeot S.A. (PSA), zu der Opel gehört, unter Auflagen mit der EU-Fusionskontrollverordnung vereinbar sei. Der Zusammenschluss wird zur Gründung des viertgrößten Automobilkonzerns, mit dem Namen „Stellantis“, führen. Auf dem Markt für leichte Nutzfahrzeuge wurden wettbewerbsbeeinträchtigende Bedenken geprüft, da nach dem Zusammenschluss auf diesem Gebiet ein hoher bis sehr hoher Marktanteil erwartet wird. PSA und FCA schlugen Maßnahmen vor, die den Eintritt und die Expansion neuer Anbieter auf dem

relevanten Markt erleichtern sollen. Aufgrund dieser Verpflichtung kam die Kommission zu dem Ergebnis, dass keine wettbewerbsrechtlichen Bedenken bestehen. Der Genehmigungsbeschluss ist an die Auflage geknüpft, dass die Verpflichtungszusagen in vollem Umfang eingehalten werden.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2506

Kommission; Genehmigung deutscher Risikokapitalregelung

Die Kommission hat am 21.12.2020 eine von DEU angemeldete Änderung der mit 88 Mio. EUR dotierten deutschen Risikokapitalregelung „INVEST - Zuschuss für Wagniskapital“ genehmigt. Durch die Risikokapitalregelung sollen kleine, junge und innovative Unternehmen durch die Bereitstellung von privatem Risikokapital gefördert werden. Darüber hinaus wurde auch die von DEU beantragte Verlängerung der Regelung um zwei Jahre bis zum 31.12.2022 mit einem Jahresbudget von 44 Mio. EUR genehmigt. Die Kommission stellte fest, dass die von DEU geplante Regelungen weiterhin Anreize für Investitionen in Unternehmen bieten würden, die ansonsten auf dem Markt nicht ohne Weiteres verfügbar wären. Dadurch werde der Zugang der Zielunternehmen zu Finanzmitteln verbessert, was zur Stärkung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit beitragen würde. Gleichzeitig wären aber die möglichen negativen Auswirkungen auf Wettbewerb und Handel begrenzt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201221-staatliche-beihilfen_de

Kommission; Genehmigung der Beihilfe für den öffentlichen Nahverkehr

Am 22.12.2020 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass eine von DEU angemeldete Beihilfe in Höhe von 300 Mio. EUR für den Zeitraum 2020 bis 2023 mit den EU-Beihilfavorschriften vereinbar sei. DEU will die Beihilfen nutzen, um Koordination und Verkehrsmix des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) zu verbessern. Die Beihilfe soll innovativen Projekten des nachhaltigen ÖPNV zufließen. Die Kommission gelangte zu dem Ergebnis, dass die Regelung zu den Zielen des europäischen Grünen Deals beitragen werde, da sie durch die Förderung nachhaltiger Mobilität und die Einführung saubererer und kostengünstiger öffentlicher Verkehrsmittel für geringere CO₂-Emissionen sorgen werde, ohne dabei den Wettbewerb übermäßig zu verfälschen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2518

Kommission; Konsultation über aktualisierte EU-Vorschriften für Industrieemissionen

Die Kommission hat am 22.12.2020 eine Konsultation zu den EU-Vorschriften für Industrieemissionen eröffnet. Sie beabsichtigt, die EU-Vorschriften über Industrieemissionen zu aktualisieren. Damit soll sichergestellt werden, dass die Industrie künftig Techniken einsetzt, die zu einer sauberen Umwelt beitragen. Auf diese Weise soll die Initiative auch das Ziel der Emissionsfreiheit im Rahmen des europäischen Grünen Deals sowie die Politik der EU in den Bereichen Energie, Klima und Kreislaufwirtschaft unterstützen. Bis zum 23.03.2021 können entsprechende Meinungen abgegeben werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12306-EU-rules-on-industrial-emissions-revision>

Kommission; Genehmigung der griechischen Beihilfe für Aegean

Am 23.12.2020 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass eine griechische Beihilfe in Höhe von 120 Mio. EUR mit den europäischen Beihilfavorschriften vereinbar ist. Mithilfe der Maßnahme soll die Fluggesellschaft Aegean für die Einbußen durch den COVID-19-Ausbruch entschädigt werden. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten befristeten Rahmens für staatliche

Beihilfen. Die Unterstützung wird von GRI in Form eines direkten Zuschusses gewährt und entspricht dem geschätzten Schaden, der der Fluggesellschaft, im Zeitraum vom 23.03.2020 bis 30.06.2020, direkt entstanden ist.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/IP_20_2521

Kommission; Genehmigung der italienischen Beihilfe für Alitalia

Am 29.12.2020 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass eine italienische Beihilfe in Höhe von 73,02 Mio. EUR mit den europäischen Beihilfavorschriften vereinbar ist. Die Beihilfe soll für Umsatzeinbußen im Zusammenhang mit dem Coronavirus, die der Fluglinie Alitalia im Zeitraum vom 16.06.2020 bis 31.10.2020 schätzungsweise entstanden sind, entschädigen. Dies ist die zweite Beihilfengenehmigung für Alitalia (vgl. BaB 17/2020). Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 verabschiedeten befristeten Rahmens für staatliche Beihilfen und wird durch ITL in Form eines direkten Zuschusses gewährt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/IP_20_2540

Kommission; Grundsatzvereinbarung über Investitionsabkommen mit China

Am 30.12.2020 konnte im Rahmen einer, vom chinesischen Präsident Xi Jinping, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, dem Präsident des Europäischen Rates Charles Michel, der deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, sowie des französischen Präsident Emmanuel Macron geführten Videokonferenz, die Grundsatzverhandlungen über ein Investitionsabkommen mit China abgeschlossen werden. Das Investitionsabkommen soll zum einen Rückschritte in der chinesischen Liberalisierungsbewegung verhindern und zum anderen neue Marktzugangseröffnungen und –verpflichtungen schaffen. So sieht das Abkommen laut Kommission eine Öffnung des chinesischen Marktes für europäische Investoren im Bereich des verarbeitenden Gewerbes und verschiedener Dienstleistungen vor. China verpflichtete sich darüber hinaus zu Eingeständnissen im Bereich des fairen Wettbewerbes. So sollen staatseigene chinesische Unternehmen ihre Entscheidungen nur noch nach rein wirtschaftlichen Erwägungen fällen und Investitionsanforderungen nicht mehr an einen erzwungenen Technologietransfer geknüpft sein dürfen. Zudem hat sich China bereit erklärt, grundlegende Abkommen der internationalen Arbeitsorganisation über Zwangsarbeit zu ratifizieren. Der genaue Wortlaut des Abkommens muss nun fertiggestellt werden. Nach einer Sprach- und Rechtsprüfung und den notwendigen Übersetzungen müssen dann Rat und EP den endgültigen Text annehmen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/FS_20_2544

Kommission; Genehmigung der deutschen Beihilfe zur Rekapitalisierung von TUI

Am 04.01.2021 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass die von DEU angemeldete Rekapitalisierungsmaßnahme für TUI von bis zu 1,25 Mrd. EUR mit Art. 107 Abs. 3 lit. b AEUV im Einklang steht und die im befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen vorgesehenen Voraussetzungen erfüllt. Diese angemeldete Rekapitalisierungsmaßnahme ist Teil eines größeren Gesamtpakets und soll die vor der pandemiebedingten Ausnahmesituation bestehende finanzielle Lage und Liquidität von TUI wiederherstellen. Da die Maßnahme erforderlich, geeignet und angemessen sei, und das Unternehmen auf den relevanten Märkten über keine erhebliche Marktmacht verfüge, habe die Kommission diese genehmigt.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_7

Kommission; Investition von 300 Mio. EUR in den Weltraumsektor

Die Kommission und der Europäische Investitionsfonds (EIF) haben am 13.01.2021 eine Investition in Höhe von 300 Mio. EUR in den Weltraumsektor bekannt gegeben. Mit dem Geld sollen bahnbrechende Innovationen in der Branche unterstützt werden. Konkret geht es um zwei auf Raumfahrttechnologien ausgerichtete Fonds, die Beteiligungskapital in innovative Start-ups und Klein- und Mittelbetriebe lenken und zwar „Orbital Ventures“ und „Primo Space“. „Orbital Ventures“ konzentriert sich als Startkapital- und Frühphasenfonds auf Weltraumtechnologien, einschließlich vor- und nachgelagerter Technologien. „Primo Space“ ist ein auf den Weltraumsektor spezialisierter Technologietransferfonds mit Fokus auf die Frühphase. Er investiert in Konzeptnachweise sowie Start- und Frühphasenprojekte und fördert die Kommerzialisierung bahnbrechender Innovationen in der europäischen Weltraumindustrie.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_102

Kommission; EU-Prioritäten für den Weltraum in 2021

Am 12.01.2021 wurden im Rahmen der europäischen Weltraumkonferenz die EU-Prioritäten für die Raumfahrt von Binnenmarktkommissar Thierry Breton für das Jahr 2021 skizziert. Im Mittelpunkt stehen für ihn die Entwicklung der EU-Flaggschiffprogramme Copernicus und Galileo, die strategische Autonomie Europas im Weltraum, die Entwicklung sicherer Konnektivität und Europa als internationale Drehscheibe für Raumfahrtunternehmen. Außerdem unterstrich er, dass das Budget von 13,2 Mrd. EUR das größte Budget sei, welches jemals auf EU-Ebene für die Raumfahrt bereitgestellt wurde. Außerdem sei er zuversichtlich, dass ein Weg gefunden werde, um die Kontinuität der Programme zu gewährleisten und gleichzeitig eine moderne, flexible und effiziente Verwaltung sicherzustellen.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210112-weltraumkonferenz_de

V e r k e h r

Rat; Festlegung des Standpunkts zur Reform der Straßenbenutzungsgebühren

Am 18.12.2020 haben sich die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten auf ein Verhandlungsmandat für die Reform der Straßenbenutzungsgebühren (Eurovignetten-Richtlinie) geeinigt, die u.a. ein neues System zur Differenzierung von Infrastruktur- und Mautgebühren für schwere Nutzfahrzeuge auf der Grundlage ihrer CO₂-Emissionen umfasst. Die neue Regelung soll den Markteintritt emissionsärmerer Fahrzeuge fördern und zur Bewältigung des Klimawandels in Einklang mit dem europäischen Grünen Deal beitragen. Der Geltungsbereich der Vorschriften soll von schweren Lastfahrzeugen auf die anderen Fahrzeugklassen, bei denen die Mitgliedstaaten (MS) möglicherweise Gebühren erheben möchten, wie etwa Kraftomnibusse, leichte Nutzfahrzeuge oder PKW, erweitert werden. Die MS sollen die Möglichkeit haben, Maut- und Benutzungsgebühren für alle Fahrzeugtypen unabhängig voneinander zu erheben. Darüber hinaus sollen sie auch ermäßigte Mautsätze oder Benutzungsgebühren vorsehen oder Fahrzeuge unter bestimmten Bedingungen von den Maut- oder Benutzungsgebühren befreien können. Die wichtigste Änderung besteht in der Einführung eines neuen EU-weiten Instruments zur Differenzierung von Infrastruktur- und Benutzungsgebühren im Hinblick auf schwere Nutzfahrzeuge aufgrund ihrer CO₂-Emissionen. Das Instrument soll jedoch schrittweise auf andere Fahrzeuge ausgeweitet werden können. Um Anreize für den Kauf von emissionsfreien Fahrzeugen zu schaffen, dürfen die MS diese Fahrzeuge bevorzugt behandeln. Sie können auf den bestehenden Fahrzeugbestand

weiterhin die derzeit geltende Differenzierung der Gebühren nach Euro-Emissionsklasse anwenden. Sie müssen jedoch für Neufahrzeuge auf der Grundlage der CO₂-Emissionen ermäßigte Gebühren erheben. Die Zweckbindung von Einnahmen aus Straßenbenutzungsgebühren bleibt erhalten. Mit der Erteilung des Verhandlungsmandats können nun die Verhandlungen mit dem EP aufgenommen werden.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/road-charging-reform-council-agrees-its-stance/>

Kommission; 2021 ist das europäische Jahr der Schiene

Am 01.01.2021 hat die Kommission die Initiative „Europäisches Jahr der Schiene“ gestartet. Damit sollen die Vorteile schienengebundener Mobilitätsformen als nachhaltige, intelligente und sichere Verkehrsmittel hervorgehoben werden. Gerade im Rahmen des europäischen Grünen Deals sollen schienengebundene Verkehrsmittel mit vielen Aktivitäten ins Rampenlicht gestellt werden. Obwohl der Schienenverkehr nur für rund 0,5% der verkehrsbedingten Treibhausgase verantwortlich sei, werde er lediglich von 7% des Personen- und 11% des Güterverkehrs genutzt. In der gesamten EU sollen verschiedene Veranstaltungen, Projekte und Aktivitäten die vielfältigen Dimensionen des Schienenverkehrs hervorheben.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_2528

EIB; CargoBeamer erhält für neue Schienentechnologie 12,6 Mio. EUR

Die Europäische Investitionsbank (EIB) und die CargoBeamer AG haben am 21.12.2020 eine eigenkapitalähnliche Finanzierung von 12,6 Millionen Euro unterzeichnet. Die Finanzierung wird in Form eines besicherten Darlehens kombiniert mit einer Gewinnbeteiligung gewährt. Damit fördert die Bank den Bau von drei neuen Schienengüterterminals in Calais (FRA), Kaldenkirchen (DEU) und Domodossola (ITA), die untereinander und an andere Zielorte angebunden werden sollen. Die Projekte sollen im Zeitraum 2020–2022 durchgeführt werden.

<https://www.eib.org/de/press/all/2020-398-eib-backs-cargobeamer-with-eur12-6-million-to-support-deployment-of-new-freight-rail-technology>

Kommission; Genehmigung einer deutschen Beihilfe für den Schienenverkehr

Am 12.01.2021 hat die Kommission den Beschluss gefasst, dass eine von DEU angemeldete Beihilfe in Höhe von 200 Mio. EUR für die Modernisierung des Verkehrsmanagements der Bahn in der Region Stuttgart mit den EU-Beihilfevorschriften vereinbar sei. Dadurch soll die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene bis 2025 gefördert werden. Die Kommission kam zu dem Schluss, dass die Beihilfe der Umwelt und der Mobilität zuträglich sei, da sie den Schienenverkehr unterstützte, welcher weniger umweltschädlich als der Straßenverkehr ist. Gleichzeitig werde eine Überlastung der Straßen verringert werden. Darüber hinaus sei die Maßnahme verhältnismäßig und notwendig, da sie die Interoperabilität der Eisenbahnsysteme in der EU fördere und die Verlagerung des Güterverkehrs von der Straße auf die Schiene unterstütze, ohne zu übermäßigen Wettbewerbsverzerrungen zu führen.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/MEX_21_84

Energie

EuGH; Schlussanträge in Bezug auf eine in DEU nichtordnungsgemäße Umsetzung der Richtlinien über den Elektrizitäts- bzw. den Erdgasbinnenmarkt

Generalanwalt Giovanni Pitruzzella legte am 14.01.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-718/18 Kommission gegen DEU vor. Er kommt zu dem Ergebnis, dass DEU durch das Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) in vier Punkten die Richtlinien über den Elektrizitäts- bzw. den Erdgasbinnenmarkt nicht ordnungsgemäß umgesetzt habe. Dabei geht es um Vorschriften hinsichtlich der Trennung der Netzaktivitäten von den Versorgungs- und Erzeugungsaktivitäten sowie hinsichtlich der Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörde. Beim Begriff „vertikal integriertes Unternehmen“ habe DEU laut Generalanwalt die Vorschriften im EnWG zu eng gefasst. Sie würden sich zu Unrecht nur auf Unternehmen beschränken, die in der EU tätig seien. Der Grundsatz der tatsächlichen Trennung der Netzaktivitäten von den Versorgungs- und Erzeugungsaktivitäten in der gesamten EU müsse aber sowohl für Unionsunternehmen als auch für Nichtunionsunternehmen gelten. Zudem werden von ihm Regelungen zur Unabhängigkeit des Personals und der Unternehmensleitung des Übertragungsnetzbetreibers kritisiert. Auch bemängelt er die nicht ausreichende Unabhängigkeit der Bundesnetzagentur. DEU habe ausschließliche Zuständigkeiten der nationalen Regulierungsbehörde verletzt, indem es der Regierung Zuständigkeiten für die Festlegung der Übertragungs- und Verteilungstarife, der Bedingungen für den Zugang zu den nationalen Netzen und der Bedingungen für die Erbringung von Ausgleichsleistungen übertragen sowie eine Reihe von Regelungen über die Modalitäten der Wahrnehmung der Regulierungsaufgaben erlassen habe.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236435&pageIndex=0&doclang=DE&mode=lst&dir=&occ=first&part=1&cid=22747771>

Digital

Kommission; Workshops zum Ausbau von Hochleistungsnetzen

Die Kommission plant zwei virtuelle Workshops zum Ausbau von Netzwerken mit sehr hoher Kapazität. Die Veranstaltungen stehen im Zusammenhang mit den Konsultationen, die die Kommission hinsichtlich der geplanten Überarbeitung der Richtlinie 2014/61/EU zur Senkung der Breitbandkosten (vgl. BaB 23/2020) durchführt. Der erste Workshop findet am 27.01.2021 statt und richtet sich an alle betroffenen Akteure, wie z.B. Netzbetreiber und ihre Verbände, die zuständigen Behörden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene sowie Verbraucherschutzorganisationen und Bürgerinnen und Bürger. Themen der Veranstaltung werden sein: die Treiber für den Ausbau von Netzwerken, bestehende Hindernisse und Lösungen sowie Herausforderungen des Genehmigungsprozesses. Anmeldungen sind möglich bis zum 19.01.2021. Der zweite, für Februar 2021 geplante Workshop, richtet sich ausschließlich an Behörden der Mitgliedstaaten, die mit der Anwendung der Breitbandkosten-Richtlinie befasst sind. Er wird sich mit der Kooperation zwischen den Behörden, der Durchsetzung und der Streitbeilegung befassen.

<https://ec.europa.eu/digital-single-market/en/news/online-workshop-network-deployment-drivers-and-barriers>

EP; Initiativbericht zu Künstlicher Intelligenz im Binnenmarktausschuss

Der EP-Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz (IMCO) hat am 11.01.2021 eine erste Aussprache über den Entwurf des „Berichts über die Gestaltung

der digitalen Zukunft Europas: Beseitigung von Hindernissen für einen funktionierenden digitalen Binnenmarkt und Verbesserung des Einsatzes von KI für europäische Verbraucher“ von MdEP Deirdre Clune (EVP/IRL) geführt. Der Entwurf fordert, den digitalen Binnenmarkt weiter auszubauen, damit Europa bei digitalen Innovation weltweit eine Führungsposition einnimmt. Die Kommission wird aufgefordert, bei künftigen Legislativvorschlägen dem „One-in-one-out-Prinzip“ zu folgen, der Fragmentierung des digitalen Binnenmarkts entgegenzuwirken, bestehende ungerechtfertigte Hindernisse zu beseitigen und Innovationen mittels Bürokratieabbau zu fördern. Außerdem müsse verstärkt in Schlüsseltechnologien investiert werden. Eine EU-Gesetzgebung zu Künstlicher Intelligenz (KI) wird befürwortet (u.a. zu Haftungsfragen); die Definition von KI soll dabei weit gefasst sein. Gleichzeitig wird vor Überregulierung bei KI gewarnt. Außerdem sollen „regulatorische Sandkästen“ geschaffen werden, um Start-Ups Wachstumschancen zu eröffnen. Der Entwurf des Initiativberichts stieß in der Aussprache fraktionsübergreifend mehrheitlich auf Zustimmung. Gefordert wurde u.a., bei den Risiken von KI stärker zu differenzieren, als die Kommission dies bisher dem Vernehmen nach beabsichtigt. Die Kommission wird 2021 einen Legislativvorschlag für einen KI-Rechtsrahmen vorlegen. https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/IMCO/PR/2021/01-11/1220162DE.pdf

F o r s c h u n g

Kommission; ERC/Forschungsrat; Zuschuss für sechs deutsche Projekte

Am 07.01.2021 hat die Kommission bekannt gegeben, dass der Europäische Forschungsrat (ERC) 55 Forscherinnen und Forscher mit insgesamt 8,25 Mio. EUR für deren Forschungsprojekte im Rahmen von Horizont 2020 unterstützt. Der 2007 eingerichtete ERC ist eine Förderorganisation für exzellente Pionierforschung in der ersten Säule des Programms Horizont 2020. Jedes Jahr wählt und finanziert der ERC die besten und kreativsten Forschenden in der EU aus. In dieser Runde wurden Proof-of-Concept-Zuschüsse vergeben, die eingesetzt werden können, um Marktchancen zu erkunden, Patentanmeldungen vorzubereiten oder die Praxistauglichkeit von wissenschaftlichen Konzepten zu überprüfen. Zu den sechs geförderten deutschen Projekten zählt ein Forschungsprojekt am Universitätsklinikum Bonn zur medikamentösen Behandlung von Blindheit (Prof. Volker Buskamp). DEU steht für das Jahr 2020 mit 23 eingeworbenen Projekten auf Platz zwei, gefolgt von den NDL und ITL (je 17) sowie FRA (15). Die pauschale Fördersumme von EUR 150.000 kann für die ersten Schritte zum Forschungstransfer eingesetzt werden. Antragsberechtigt für den Proof-of-Concept sind Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die bereits eine Forschungsförderung des ERC erhalten haben. Für ist 2021 derzeit keine PoC-Ausschreibung vorgesehen. Ein hessisches Projekt kam zuletzt bei der PoC-Auswahlrunde im Sommer 2020 zum Zuschlag: Der Informatiker Prof. Jan Peters von der TU Darmstadt hatte mit dem Projekt AssemblySkills (Acquiring assembly skills by robot learning) einen Proof-of-Concept-Grant bekommen. Ziel seines Vorhabens „AssemblySkills“ ist es, diese Module zu einem kompletten Softwarepaket zusammenzufassen, das anwendungsgesteuerten Robotern das Erlernen neuer Fähigkeiten – insbesondere bei Montageaufgaben – ermöglicht.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210107-forschungsprojekt-bonn_de

Kommission; Forschung; Einrichtung der Datenbank „Open Research Europe“
Open Research Europe, die von der Kommission verantwortete Open Access Plattform, ist Anfang Januar 2021 von der Generaldirektion Forschung der

Kommission ins Leben gerufen worden. Die Nutzung von Open Research Europe ist im Rahmen von EU-Forschungsprojekten zwar nicht verpflichtend, bietet aber klare Vorteile wie die Einhaltung der Open Access-Vorgaben des EU-Forschungsrahmenprogramms Horizont 2020 (und künftig Horizont Europa). Die entsprechenden Publikationsgebühren von ca. 800 EUR pro Forschungsartikel sollen direkt von der Kommission beglichen werden. Für eine Einreichung müssen mindestens eine Autorin bzw. ein Autor an einem laufenden oder abgeschlossenen Horizont-Projekt beteiligt sowie der eingereichte Artikel ein Ergebnis dieses Projekts sein. Einreichungsfähig sind nur Publikationen, die zuvor noch nicht anderweitig veröffentlicht wurden. Vsl. im März 2021 wird die Plattform offiziell eröffnet werden. Die bereits eingereichten Forschungsberichte sollen dann freigeschaltet werden. Für die verschiedensten Disziplinen wie Medizin, Geisteswissenschaften, Agrarwissenschaften, aber auch Ingenieurwesen und Naturwissenschaften werden Berichte entgegengenommen.

<https://open-research-europe.ec.europa.eu/>

Rat; Einigung über EURATOM-Programm für Forschung und Ausbildung

Die EU-Botschafter der Mitgliedstaaten haben am 18.12.2020 eine politische Einigung über die vorgeschlagene Verordnung über das Programm der Europäischen Atomgemeinschaft für Forschung und Ausbildung für den Zeitraum vom 01.01.2021 bis 31.12.2025 erzielt. Die deutsche Ratspräsidentschaft hatte kurz vor Beginn der neuen Förderperiode auf die Übereinkunft, über die bereits seit langem diffizil verhandelt wurde, hingewirkt. Gegenstand der Verordnung sind Forschungs- und Ausbildungsmaßnahmen im Nuklearbereich. Im Mittelpunkt der Programmagenda steht das Bestreben, die Sicherheit, die Gefahrenabwehr und den Strahlenschutz im Nuklearbereich zu verbessern. Das Programm fügt sich in die Neugestaltung des Forschungsrahmenprogramms Horizont Europa ab dem Jahr 2021 ein, dessen Regelungen ebenfalls im Dezember 2020 finalisiert wurden. Die Gesamtmittel für die Umsetzung des neuen Euratom-Programms bis einschließlich 2025 betragen 1,38 Mrd. EUR in inflationsbereinigten Preisen. Das neue Programm soll die wichtigsten Forschungstätigkeiten des laufenden Programms (nukleare Sicherheit, Gefahrenabwehr, Entsorgung radioaktiver Abfälle und abgebrannter Brennelemente, Strahlenschutz und Fusionsenergie) fortführen, die Forschungsarbeiten zu Anwendungen ionisierender Strahlung außerhalb der Stromerzeugung ausbauen und Verbesserungen in den Bereichen der Aus- und Weiterbildung und des Zugangs zu Forschungsinfrastrukturen enthalten. Zudem werde damit die Mobilität von im Nuklearbereich tätigen Forschern im Rahmen der Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen (MSCA) gefördert.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/euratom-research-and-training-programme-council-reaches-political-agreement/>

EZB; Öffentliche Konsultation zum digitalen EUR beendet

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat am 12.01.2021 ihre öffentliche Konsultation zum digitalen EUR abgeschlossen und beabsichtigt nun, die Stellungnahmen im Detail auszuwerten. Im Rahmen der am 12.10.2020 gestarteten Konsultation hatten insgesamt 8.221 Bürger, Unternehmen und Industrieverbände einen Online-Fragebogen beantwortet. Die EZB plant nun für das Frühjahr 2021 die Veröffentlichung einer umfassenden Analyse der erhobenen Daten. Das Ergebnis soll einen Beitrag für die Entscheidungsfindung im EZB-Rat über die Entscheidung hinsichtlich der möglichen Einführung eines digitalen EUR leisten. Eine erste Analyse der Rohdaten habe gezeigt, dass der Datenschutz bei Zahlungen unter den angeforderten Merkmalen eines potenziellen digitalen EUR (41% der Antworten) am höchsten war, gefolgt von Sicherheit (17%) und europaweiter Reichweite (10%).

<https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2021/html/ecb.pr210113~ec9929f446.en.html>

Kommission; Übernahme von Refinitiv durch die Londoner Börse wird unter Auflagen genehmigt

Die Kommission genehmigte am 13.01.2021 die Übernahme von Refinitiv durch die Londoner Börsengruppe (LSEG) nach der EU-Fusionskontrollverordnung. Die Genehmigung ergeht unter der Bedingung, dass LSEG seine Verpflichtungszusagen, mit denen aus Sicht der Kommission die wettbewerbsrechtlichen Bedenken hinsichtlich der geplanten Übernahme in vollem Umfang ausgeräumt werden, vollständig umsetzt. Die Verpflichtungen enthalten die Veräußerung der Borsa Italia durch LSEG, die Beibehaltung des diskriminierungsfreien Zugangs zu den weltweiten Clearingdiensten von LCH Swapclear für außerbörslich gehandelte Zinsderivate sowie die Bereitstellung des Zugangs zu den Daten des Finanzhandelsplatzes Londoner Börse, den Finanzindizes von FTSE für GBR und zu den WM/Reuter FX-Benchmarks für alle bestehenden und künftigen nachgelagerten Wettbewerber.

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_21_103

EuRH; Sonderbericht zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus

Der Europäische Rechnungshof (EuRH) veröffentlichte am 14.01.2021 seinen Sonderbericht zum Einheitlichen Abwicklungsmechanismus (SRM). Der Hof untersuchte darin, ob die strategischen Vorgaben und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Abwicklungsplanung angemessen sind und beurteilte die Qualität der für Banken genehmigten Abwicklungspläne und die damit verbundene zeitliche Planung. Er stellte fest, dass beim SRM Fortschritte erzielt wurden, jedoch einige zentrale Elemente fehlen und weitere Schritte erforderlich sind. Insbesondere deckten die strategischen Vorgaben noch nicht alle relevanten Bereiche ab oder wiesen Schwachstellen auf. Bestimmte Mängel wie die Finanzierung der Abwicklung oder die Angleichung der nationalen Insolvenzverfahren für Banken müssen von den Gesetzgebern behoben werden. Der Hof empfiehlt dem Einheitlicher Abwicklungsausschuss (SRB), seine strategischen Vorgaben für die Abwicklungsplanung zu verbessern, die rechtzeitige Annahme der Abwicklungspläne sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass diese die rechtlichen Anforderungen voll erfüllen. Außerdem sollte er genügend Personal bereithalten, um die Abwicklungsplanung der nationalen Abwicklungsbehörden für weniger bedeutende Banken zu überwachen. Er fordert die Gesetzgeber auf, objektivere und quantifizierte Schwellenwerte festzulegen, deren Überschreiten Frühinterventionsmaßnahmen auslöst.

<https://www.eca.europa.eu/de/Pages/DocItem.aspx?did=57531>

Rat; Schlussfolgerungen zum Aktionsplan für den Zoll wurden gebilligt

Am 18.12.2020 billigte der Rat Schlussfolgerungen zur Mitteilung der Kommission "Die Zollunion auf die nächste Stufe bringen: ein Aktionsplan". In dem Aktionsplan wird eine Reihe von Initiativen dargelegt, mit denen der EU-Zoll vor dem Hintergrund einer Reihe von Herausforderungen, darunter die zunehmende Digitalisierung und der elektronische Handel sowie der Austritt GBR aus dem EU-Binnenmarkt und der Zollunion, intelligenter, innovativer und effizienter werden soll. In seinen Schlussfolgerungen begrüßt der Rat den Aktionsplan der Kommission und betont, dass die komplexen Herausforderungen im Zollbereich am besten durch Zusammenarbeit unter uneingeschränkter Wahrung der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der EU-Organe und der Mitgliedstaaten bewältigt werden können. Die EU-Zollunion funktioniert im Allgemeinen gut. Maßnahmen zur Verbesserung ihrer Funktionsweise sollten daher auf den vorhandenen Ressourcen, Strukturen und Verfahren aufbauen und gleichzeitig Innovationen und die sich verändernden Rahmenbedingungen für die Arbeit des Zolls berücksichtigen. Die hochrangige Arbeitsgruppe der Generalzolldirektoren des Rates wird die Durchführung der strategisch wichtigen Zollmaßnahmen und ihre Kohärenz mit den Schlussfolgerungen prüfen.

https://www.consilium.europa.eu/en/press/press-releases/2020/12/21/customs-action-plan-council-approves-conclusions/?utm_source=dsms-auto&utm_medium=email&utm_campaign=Customs+Action+Plan%3a+Council+approves+conclusions

Rat; EP; Vorläufige Einigung zwischen Ratsvorsitz und Parlament zur Aufbau- und Resilienzfazilität

Der deutsche Ratsvorsitz und die Delegierten des EP haben am 18.12.2020 eine vorläufige Einigung über die Aufbau- und Resilienzfazilität erzielt. Mit einer Finanzausstattung von 672,5 Mrd. EUR bildet die Fazilität das Kernstück des Aufbauinstruments „NextGenerationEU“. Sie soll öffentliche Investitionen und Reformen in den Mitgliedstaaten unterstützen und ihnen dabei helfen, die wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen der COVID-19-Pandemie sowie die Herausforderungen des ökologischen und digitalen Wandels zu bewältigen. Die zwischen Rat und Parlament erzielte vorläufige Einigung umfasst eine Reihe von Elementen, darunter der Anwendungsbereich der Fazilität, horizontale Grundsätze, allgemeine Förderfähigkeitsregeln für die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, die in jedem Plan aufzuführenden Elemente und die von der Kommission herangezogenen Bewertungskriterien. Der ökologische Wandel muss mit mindestens 37% der Gesamtzuweisung jedes Plans und der digitale Wandel mit mindestens 20% unterstützt werden. Die Unterstützung wird eng mit den Empfehlungen des Europäischen Semesters verknüpft sein, in denen zentrale Herausforderungen aufgezeigt werden, denen sich die einzelnen Mitgliedstaaten stellen müssen, um die Wettbewerbsfähigkeit sowie den sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalt zu stärken.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/recovery-and-resilience-facility-council-presidency-and-parliament-reach-provisional-agreement/>

EuGH; Nachlass auf den Kraftstoffpreis für Einwohner der italienischen Region Friuli Venezia Giulia verstößt nicht gegen die Energiebesteuerungsrichtlinie

Am 14.01.2020 entschied der EuGH im Vertragsverletzungsverfahren wegen des Zuschusses beim Erwerb von verbrauchssteuerpflichtigem Benzin oder Dieselmotorkraftstoff in der italienischen Nachbarregion zu SLO (Rechtssache C-63/19, Kommission/ITL)

zu Gunsten ITL und wies die Klage der Kommission ab. Der den Einwohnern der italienischen autonomen Region Friuli Venezia Giulia auf den Kraftstoffpreis gewährte Nachlass verstößt nach Ansicht des EuGH für sich genommen nicht gegen die Energiebesteuerungsrichtlinie. Denn die Kommission habe nicht dargelegt, dass ITL eine Verbrauchsteuerermäßigung in Form der Steuererstattung eingeführt habe. Von einer Steuererstattung könne nur die Rede sein, wenn zwischen den Beträgen, die die Tankstellenbetreiber von der Region erhalten, und dem Verbrauchsteuerertrag mindestens ein mittelbarer realer Zusammenhang bestehe. Diesen habe die Kommission aber weder behauptet noch bewiesen. Hintergrund der Kommissionsklage war, dass nach dem durch ein Gesetz der Region eingeführten Zuschusssystem die Tankstellenbetreiber den Einwohnern der Region als Endverbraucher Nachlass beim Kraftstoffpreis gewähren. Aus ihrem allgemeinen Haushalt erstattet die Verwaltung der Region den Betreibern einen Betrag, der diesen Nachlässen entspricht. Laut Ansicht der Kommission führe dies bei dem an die Einwohner verkauften Kraftstoffes zu einer rechtswidrigen Ermäßigung der Verbrauchsteuer in Form der Erstattung der entrichteten Steuern.

<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-01/cp210003de.pdf>

Gesundheit und Verbraucherschutz

Kommission; Fahrplan für Überarbeitung der EU-Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterial

Die Kommission hat am 18.12.2020 einen Fahrplan für einen Vorschlag einer Verordnung zur Überarbeitung der EU-Vorschriften für Lebensmittelkontaktmaterial veröffentlicht und ruft bis zum 29.01.2021 zur öffentlichen Konsultation auf. Die Initiative zielt auf die Modernisierung der Vorschriften betreffend Lebensmittelkontaktmaterial (z. B. Lebensmittelverpackungen, Küchenutensilien und Geschirr sowie Geräte für die Lebensmittelverarbeitung) im Bereich der Lebensmittelsicherheit ab. Ziel sei es, die Lebensmittelsicherheit und ein hohes Gesundheitsschutzniveau zu gewährleisten, das Vorhandensein und die Verwendung gefährlicher Chemikalien zu verringern, die neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse und Techniken zu berücksichtigen und Innovationen und Nachhaltigkeit durch die Förderung sicherer wiederverwendbarer und recyclingfähiger Lösungen zu unterstützen und damit einen Beitrag zur Verringerung der Umweltauswirkungen des Sektors zu leisten. Ein Verordnungsvorschlag ist für das 4. Quartal 2022 vorgesehen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12497-Revision-of-EU-rules-on-food-contact-materials>

Kommission; Fahrplan für Überarbeitung der Vorschriften über die Verbraucherinformation

Die Kommission hat am 23.12.2020 einen Fahrplan für einen Vorschlag einer Verordnung zur Überarbeitung der Lebensmittelkennzeichnungen veröffentlicht und ruft bis zum 03.02.2021 zur öffentlichen Konsultation auf. Als Teil der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“ ist es Ziel der Initiative, die Kennzeichnungsangaben zu verbessern, um Verbraucherinnen und Verbrauchern zu helfen, eine gesündere und nachhaltigere Lebensmittelauswahl zu treffen, und Lebensmittelverschwendung zu verringern. Hierzu schlägt die Initiative die Einführung einer standardisierten verpflichtenden Nährwertkennzeichnung auf der Packungsvorderseite, eine Ausweitung der obligatorischen Ursprungs- oder Herkunftsangaben auf bestimmte Erzeugnisse und eine Überarbeitung der Vorschriften zur Datumsangabe (Verbrauchsdatum und Mindesthaltbarkeitsdatum) vor.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12749-Revision-of-food-information-to-consumers->

Kommission; Fahrplan für Festlegung von Nährwertprofilen

Die Kommission hat am 23.12.2020 einen Fahrplan für den Vorschlag für eine Verordnung „Leichtere Auswahl gesünderer Lebensmittel – Festlegung von Nährwertprofilen“ veröffentlicht und ruft bis zum 03.02.2021 zur öffentlichen Konsultation auf. Diese Initiative betrifft Lebensmittel mit nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben und folgt der Strategie „Vom Hof auf den Tisch“. Ziel der Initiative ist die Festlegung von Nährwertprofilen für Lebensmittel, basierend auf Grenzwerten für Nährstoffe wie Fett, Zucker und/oder Salz. Bei Überschreitung dieser Grenzwerte soll die Verwendung nährwert- und gesundheitsbezogener Angaben eingeschränkt oder als nicht zulässig erklärt werden. Die Verordnung ist für das 4. Quartal 2022 geplant.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12748-Setting-of-nutrient-profiles->

EFSA; Wissenschaftliche Bewertung zu gelben Mehlwürmern als neuartiges Lebensmittel

Die Europäische Lebensmittelbehörde (EFSA) veröffentlichte am 13.01.2021 wissenschaftliche Gutachten zu Anträgen auf Zulassung neuartiger Lebensmittel, welche die erste abgeschlossene Bewertung eines vorgeschlagenen, aus Insekten gewonnenen Lebensmittels umfassen. Hintergrund ist das Inkrafttreten der Verordnung über neuartige Lebensmittel am 01.01.2018 und die daraus resultierende steigende Anzahl von Anträgen auf Zulassung für neuartige Lebensmittelquellen, einschließlich essbarer Insektenarten. Gegenstand der Gutachten ist ein Antrag auf Einstufung des gelben Mehlwurms als neuartiges Lebensmittel. Die Gutachten kommen zu dem Schluss, dass die Larve in erster Linie Protein, Fett und Ballaststoffe enthalte und somit ernährungsphysiologisch nicht nachteilig sei. Darüber hinaus hätten Toxizitätsstudien keine Sicherheitsbedenken ergeben. Diese Gutachten könnten somit den ersten Schritt in Richtung einer EU-weiten Zulassung von Insekten als neuartige Lebensmittel darstellen.

<https://www.efsa.europa.eu/en/news/edible-insects-science-novel-food-evaluations>

U m w e l t

Kommission; Änderung von EU-Regeln betreffend den Ex- und Import von Plastikabfällen

Am 22.12.2020 wurde eine Verordnung der Kommission zur Änderung von EU-Regeln betreffend den Ex- und Import von Plastikabfällen im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die Änderungen sind am 01.01.2021 in Kraft getreten und zielen darauf ab, die Ausfuhr von Kunststoffabfällen in Nicht-OECD-Länder strenger zu kontrollieren. Die Verordnung beinhaltet neue Vorschriften für den Export, Import und die Verbringung von Kunststoffabfällen und definiert Ausnahmen für saubere Plastikabfälle, die zum Recycling geschickt werden.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201222-plastikabfaelle_de

Kommission; Konsultation zu Zielen zur Wiederherstellung von Natur

Die Kommission veröffentlichte am 11.01.2021 im Rahmen ihrer Biodiversitätsstrategie einen Vorschlag für eine Verordnung zu Zielen zur Wiederherstellung von Natur und ruft bis zum 05.04.2021 zur öffentlichen Konsultation

auf. Im Rahmen dieser Initiative sollen nach einer Folgenabschätzung rechtlich verbindliche Ziele für die Wiederherstellung von Natur vorgeschlagen werden. Als einer der wichtigsten Bestandteile der EU-Biodiversitätsstrategie für 2030, soll die Verordnung zum Ziel beitragen, Europas biologische Vielfalt bis 2030 auf den Weg der Erholung zu bringen. Die Verordnung soll im 4. Quartal 2021 vorgestellt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12596-Protecting-biodiversity-nature-restoration-targets>

Kommission; Konsultation zu Evaluierung der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020

Die Kommission hat am 11.01.2021 zur öffentlichen Konsultation zur Evaluierung der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 aufgerufen. Ziel der EU-Biodiversitätsstrategie bis 2020 war es, den Verlust der biologischen Vielfalt und der Ökosystemdienstleistungen in der EU aufzuhalten und weitestgehend wiederherzustellen und zur Beendigung des weltweiten Artenschwundes beizutragen. Durch die Konsultation soll eine Bestandsaufnahme von der Implementierung der Strategie gemacht und ermittelt werden, inwiefern die Ziele in Bezug auf den Erhalt und den Wiederaufbau von Biodiversität erreicht wurden. Außerdem sollen Wirksamkeit, Effizienz, Relevanz, Kohärenz und der Mehrwert der Strategie für die EU beurteilt werden. Die Frist für Rückmeldungen endet am 05.04.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/1832-Evaluation-of-the-EU-Biodiversity-Strategy-to-2020>

Kommission; Fahrplan für EU-Strategie für nachhaltige Textilien

Die Kommission hat am 05.01.2021 eine bis zum 02.02.2021 laufende Konsultation über den Fahrplan für eine EU-Strategie für nachhaltige Textilien gestartet. Die Strategie soll die EU beim Übergang zu einer klimaneutralen, kreislauforientierten Wirtschaft unterstützen, in der die Produkte so konzipiert werden, dass sie langlebiger, besser wiederverwendbar und reparierbar, recyclingfähiger und energieeffizienter sind. Ziel ist eine nachhaltige Erholung der Textilindustrie von der COVID-19-Krise durch Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit, Anwendung der Grundsätze der Kreislaufwirtschaft auf Produktion, Produkte, Verbrauch, Abfallbewirtschaftung und Sekundärrohstoffe und gezielte Investitionen, Forschung und Innovation. Die Vorstellung der Strategie ist für das dritte Quartal 2021 vorgesehen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12822-EU-strategy-for-sustainable-textiles>

Kommission; Konsultation zu Aktualisierungen von EU-Vorschriften über Industrieemissionen

Die Kommission hat am 22.12.2020 zur öffentlichen Konsultation zu einem Vorschlag für eine Richtlinie zur Aktualisierung von EU-Vorschriften über Industrieemissionen aufgerufen. Ziel der Initiative ist es, den Einsatz von Techniken in der Industrie sicherzustellen, die eine nachhaltigere EU-Wirtschaft und eine sauberere Umwelt zur Verbesserung der öffentlichen Gesundheit schaffen. Die Initiative soll somit das Ziel der Emissionsfreiheit im Rahmen des europäischen Grünen Deals sowie die Politik der EU in den Bereichen Energie, Klima und Kreislaufwirtschaft (Verringerung des Ressourcenverbrauchs und der Abfallerzeugung sowie Förderung der Verwendung recycelter Materialien) unterstützen. Ein Richtlinienvorschlag ist noch in diesem Jahr vorgesehen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12306-EU-rules-on-industrial-emissions-revision>

Kommission; Konsultation zum Europäischen Schadstofffreisetzung- und -verbringungsregister

Die Kommission hat am 22.12.2020 einen Vorschlag für eine Verordnung zur Überarbeitung der EU-Vorschriften zur Bekämpfung der Verschmutzung durch große Industrieanlagen zur öffentlichen Konsultation gestellt. Ziel dieser Initiative ist es, den Zugang der Öffentlichkeit zu Umweltinformationen zu verbessern, die Überarbeitung eng damit zusammenhängender Rechtsvorschriften über Industrieemissionen zu unterstützen und zur Verwirklichung der Ziele des europäischen Grünen Deals in Bezug auf die Vermeidung von Umweltverschmutzung, Klimaneutralität, biologische Vielfalt und eine sauberere, stärker kreislauforientierte Wirtschaft beizutragen. Die Annahme der Verordnung durch die Kommission ist für das vierte Quartal 2021 geplant. Die Frist für Rückmeldungen endet am 23.03.2021.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12583-Industrial-pollution-revision-of-the-European-Pollutant-Release-and-Transfer-Register>

Kommission; Fahrplan für Nachhaltige Gestaltung von Mobiltelefonen und Tablets – Ökodesign

Die Kommission hat am 23.12.2020 einen Fahrplan für eine für das zweite Quartal 2022 geplante Verordnung für eine Nachhaltige Gestaltung von Mobiltelefonen und Tablets veröffentlicht. Die Initiative wurde im Rahmen des Aktionsplans für die Kreislaufwirtschaft 2020 geplant und steht im Einklang mit den Zielen des europäischen Grünen Deals für eine effiziente Ressourcennutzung. Ziel ist, dass Mobiltelefone und Tablets energieeffizient und nachhaltig gestaltet werden, Verbraucher sie problemlos reparieren, Systemverbesserungen (Upgrades) durchführen und sie instand halten können und die Geräte wiederverwendet und recycelt werden können.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12797-Environmental-impact-of-mobile-phones-and-tablets-Ecodesign>

L a n d w i r t s c h a f t

Kommission; Empfehlungen für nationale Strategiepläne im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik

Die Kommission hat am 18.12.2020 Empfehlungen für jeden Mitgliedstaat veröffentlicht, um die Ausarbeitung der Strategiepläne im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu erleichtern. Diese Empfehlungen sind Teil des Dialogs zwischen der Kommission und den Mitgliedstaaten, um Letztere bei der Umsetzung der GAP ab 2023 zu unterstützen und sicherzustellen, dass ihre GAP-Strategiepläne geeignet sind, um die neun spezifischen Ziele der GAP zu verfolgen und zum europäischen Grünen Deal beizutragen.

https://ec.europa.eu/info/food-farming-fisheries/key-policies/common-agricultural-policy/cap-strategic-plans_de

Kommission; GAP - Liste möglicher Öko-Regelungen

Die Kommission hat am 14.01.21 eine Liste landwirtschaftlicher Praktiken veröffentlicht, die im Rahmen der zukünftigen Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) unter die Öko-Regelungen fallen könnten. Als Teil der GAP-Reform sind diese ein neues Instrument, mit dem Landwirtinnen und Landwirte belohnt werden sollen, die in Sachen Umwelt- und Klimaschutz einen Schritt weitergehen. Die Reform der Landwirtschaftspolitik wird derzeit zwischen dem EP, dem Rat und der Kommission

verhandelt. Die Liste der möglichen landwirtschaftlichen Praktiken enthält ökologische Anbaumethoden, Maßnahmen wie die Fruchtfolge mit Leguminosen oder grasbasierte Viehhaltung. Darüber hinaus umfasst sie auch das sogenannte „Carbon Farming“, um die Kohlenstoffbindung auf landwirtschaftlich genutzten Flächen zu erhöhen, zum Beispiel über die extensive Nutzung von Dauergrünland. Weitere landwirtschaftliche Praktiken, die durch Öko-Regelungen unterstützt werden könnten, sind die Präzisionslandwirtschaft, sowie Haltungspraktiken, die das Tierwohl fördern und/oder den Bedarf an Antibiotika in der Tiermast verringern. Mit der Liste will die Kommission einen Beitrag zur laufenden Debatte um die Reform der Agrarpolitik und ihre Rolle bei der Erreichung der Ziele des Europäischen Grünen Deals leisten. Die künftige GAP wird eine entscheidende Rolle bei der Bewältigung des Übergangs zu einem nachhaltigen Lebensmittelsystem.

https://ec.europa.eu/germany/news/20210114-reform-agrarpolitik_de

Kommission; Konsultation zu aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus Biokohle

Die Kommission hat am 04.01.2021 einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Aktualisierung von EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus Biokohle veröffentlicht und zur öffentlichen Konsultation bis zum 01.02.2021 gestellt. Die aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte gelten ab Juli 2022 und wurden auf alle Arten von Düngemitteln ausgeweitet, einschließlich organischer Dünger, beispielsweise solche, die durch Pyrolyse- und Vergasungsverfahren hergestellt werden (Biokohle). Diese Stoffe sind laut Kommission nährstoffreich, sicher für Menschen, Tiere und Pflanzen und gut für Landwirtschaft und Umwelt. Mit dieser Initiative sollen die Bedingungen für ihre Verwendung in Düngemitteln festgelegt werden.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12136-Pyrolysis-and-gasification-materials-in-EU-fertilising-products>

Kommission; Konsultation zu aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus gefällten Phosphatsalzen

Die Kommission hat am 04.01.2021 einen Entwurf für eine delegierte Verordnung zur Aktualisierung von EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus gefällten Phosphatsalzen veröffentlicht und bis zum 01.02.2021 zur öffentlichen Konsultation gestellt. Die aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte gelten ab Juli 2022 und wurden auf alle Arten von Düngemitteln ausgeweitet, einschließlich organischer Düngemittel, die beispielsweise aus gefällten Phosphatsalzen und davon abgeleiteten Stoffen („Struvit“) hergestellt werden. Diese Stoffe können aus Abfällen recycelt werden und sind laut Kommission sicher für Menschen, Tiere und Pflanzen und sicher und effizient für die Verwendung in der Landwirtschaft. Mit dieser Initiative werden die Bedingungen für ihre Verwendung in Düngemitteln festgelegt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12163-Precipitated-phosphate-salts-and-derivates-in-EU-fertilising-products>

Kommission; Konsultation zu aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus thermischer Oxidation

Die Kommission hat am 04.01.2021 einen Entwurf einer delegierten Verordnung zur Aktualisierung von EU-Vorschriften für Düngeprodukte aus thermischer Oxidation veröffentlicht und zur öffentlichen Konsultation bis zum 01.02.2021 gestellt. Die aktualisierten EU-Vorschriften für Düngeprodukte gelten ab Juli 2022 und wurden auf alle Arten von Düngemitteln ausgeweitet, einschließlich organischer Dünger, die beispielsweise aus Materialien aus thermischer Oxidation und davon abgeleiteten Materialien (Düngemittel auf Aschebasis) hergestellt werden. Diese Stoffe können aus Abfällen recycelt werden, sind laut Kommission sicher für Menschen, Tiere und

Pflanzen und sicher und effizient für die Verwendung in der Landwirtschaft. Mit dieser Initiative werden die Bedingungen für ihre Verwendung in Düngemitteln festgelegt.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12162-Thermal-oxidation-materials-and-derivates-in-EU-fertilising-products>

Kommission; Schutz von Spirituosen mit geografischer Angabe

Die Kommission veröffentlichte am 11.01.2021 Entwürfe für eine delegierte und eine Durchführungsverordnung zur Einführung zusätzlicher Vorschriften für die Vermarktung von Spirituosen mit geografischer Angabe. Die Angaben sollen das Verbrauchervertrauen stärken und die Erkennbarkeit von Qualitätserzeugnissen erhöhen. Die geplanten Vorschriften betreffen den Antrag auf Schutz einer geografischen Angabe, die Änderung einer Produktspezifikation, die Löschung einer geografischen Angabe, die Eintragung von geografischen Angaben, Logos für geschützte Erzeugnisse sowie amtliche Kontrollen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12003-Protection-of-geographical-indications-in-the-Spirit-drinks-sector-delegated-rules>

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12004-Protection-of-geographical-indications-in-the-Spirit-drinks-sector-implementing-rules>

Kommission; Konsultation zur Durchführungsverordnung für geänderte Vorschriften für das Informationsmanagementsystem für amtliche Kontrollen (IMSOC)

Die Kommission hat am 23.12.2020 einen Entwurf für eine Durchführungsverordnung für geänderte Vorschriften für das Informationsmanagementsystem für amtliche Kontrollen (IMSOC) veröffentlicht und ruft bis zum 19.01.2021 zur öffentlichen Konsultation auf. Ziel der Initiative ist es, die bestehenden Verfahren im Hinblick auf die Funktionsweise des IMSOC näher auszuführen und zu erklären. Das IMSOC besteht aus mehreren EU-Informationssystemen (iRASFF, ADIS, EUROPHYT, TRACES). Diese ermöglichen es den Mitgliedstaaten, Informationen über amtliche Kontrollen von Lebensmitteln, Tieren und Pflanzen auszutauschen, um Lebensmittelbetrug zu verhindern. Die Schwerpunkte der Initiative sollen hierbei auf den Systemen ADIS (Tierseuchenwarnungen), EUROPHYT (Pflanzengesundheitswarnungen) und TRACES (Bescheinigungen) liegen.

<https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12485-Amendment-of-the-IMSOC-Regulation-as-regards-the-functioning-of-ADIS-EUROPHYT-and-TRACES>

EuGH; Einziehung eines zur Begehung von Schmuggel genutzten Fahrzeugs

Der EuGH hat am 14.01.2021 in der Rechtssache C-393/19 (Okrazhna prokuratura – Haskovo und Apelativna prokuratura – Plovdiv / OM) entschieden, dass eine nationale Regelung, nach der ein für die Begehung eines schweren Schmuggels verwendetes, aber im Eigentum eines gutgläubigen Dritten stehendes Tatwerkzeug eingezogen werden kann, gegen das Unionsrecht verstößt. Der Eigentümer des eingezogenen Vermögensgegenstands muss über einen wirksamen Rechtsbehelf gegen diese Maßnahme verfügen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236424&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=23466336>

EuGH; gerichtliches Ermessen bei Rechtsschutz

Generalanwalt Bobek hat am 14.01.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-64/20 (An tAire Talmhaíochta Bia agus Mara, Éire agus an tArd-Aighne) vorgelegt, dem ersten Verfahren vor dem Gerichtshof überhaupt, in dem Irisch Verfahrenssprache ist. Er ist der Ansicht, dass das Unionsrecht, insbesondere die Grundsätze der Verfahrenautonomie und des wirksamen gerichtlichen Rechtsschutzes, einer nationalen Regelung oder Praxis nicht entgegensteht, nach der die nationalen Gerichte über ein Ermessen bei der Entscheidung darüber verfügen, ob und gegebenenfalls in welcher Form sie einem Kläger, der geltend macht, dass die Behörden eine Richtlinie nicht ordnungsgemäß umgesetzt hätten, Rechtsschutz gewähren, wenn die Klage begründet ist.

<http://curia.europa.eu/juris/documents.jsf?oqp=&for=&mat=or&lgreg=de&ige=&td=%3BALL&jur=C%2CT%2CF&num=C-64%252F20&page=1&dates=&pcs=Oor&lg=&pro=&nat=or&cit=none%252CC%252CJ%252CR%252C2008E%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252C%252Ctrue%252Cfalse%252Cfalse&language=de&avg=&cid=23463032>

EuGH; Europäischer Haftbefehl

Der EuGH hat am 13.01.2021 in der Rechtssache C-414/20 PPU (MM) entschieden, dass ein europäischer Haftbefehl als ungültig angesehen werden muss, wenn er nicht auf einem nationalen Haftbefehl oder einer anderen vollstreckbaren gerichtlichen Entscheidung mit gleicher Wirkung beruht. Es ist Sache des im ausstellenden Mitgliedstaat zuständigen Gerichts, im Lichte des nationalen Rechts zu bestimmen, welche Konsequenzen das Fehlen eines gültigen nationalen Haftbefehls für die Entscheidung haben kann, eine Person in vorläufige Haft zu nehmen.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236403&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=22561620>

Rat und EP: vorläufige Einigung über das Programm „Justiz“

Der Ratsvorsitz und das EP haben am 18.12.2020 eine vorläufige Einigung über das Programm „Justiz“ erzielt, in dem die Finanzierung dieses Bereichs in den Jahren 2021-2027 geregelt wird. Das Programm wird mit einem Budget von 305 Mio. EUR ausgestattet und verfolgt vier spezifische Ziele: (1) Erleichterung und Unterstützung der justiziellen Zusammenarbeit in Zivil- und Strafsachen und Förderung der Rechtsstaatlichkeit, der Unabhängigkeit und der Unparteilichkeit der Justiz; (2) Unterstützung und Förderung der justiziellen Aus- und Fortbildung im Hinblick auf die Förderung einer gemeinsamen Rechts-, Justiz- und Rechtsstaatlichkeitskultur; (3) Erleichterung eines effektiven, diskriminierungsfreien Zugangs zur Justiz für alle, auch auf elektronischem Wege; (4) Unterstützung der Rechte der Opfer von Straftaten sowie der Verfahrensrechte von Verdächtigen und Beschuldigten.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/18/justice-programme-council-presidency-and-european-parliament-reach-provisional-agreement/#>

Rat und EP: vorläufige Einigung über das Programm „Rechte und Werte“

Der Ratsvorsitz und das EP haben am 17.12.2020 eine vorläufige politische Einigung über das Programm für Rechte und Werte für den Zeitraum 2021-2027 erzielt. Das Programm wird mit einem Budget von 641,7 Mio. EUR ausgestattet, und es werden noch zusätzliche finanzielle Mittel in Höhe von maximal 912 Mio. EUR bereitgestellt. Es umfasst vier spezifische Ziele: (1) Förderung der Gleichstellung und der Rechte, einschließlich der Gleichstellung der Geschlechter, der Antidiskriminierung und der Rechte von Kindern; (2) Förderung des Engagements und der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger am demokratischen Leben der EU und Sensibilisierung für die gemeinsame europäische Geschichte; (3) Bekämpfung von Gewalt, insbesondere gegen Kinder und Frauen; (4) Schutz und Förderung der Werte der EU.

<https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2020/12/17/rights-and-values-programme-council-presidency-and-european-parliament-reach-provisional-agreement/>

EP; Zusammenarbeit des OLAF mit der Europäischen Staatsanwaltschaft

Das EP hat am 17.12.2020 neue Vorschriften angenommen, die die Rolle des Europäischen Amtes für Betrugsbekämpfung (OLAF) stärken und den Weg für eine reibungslose Zusammenarbeit mit der neuen Europäischen Staatsanwaltschaft (EUSTa) ebnen. Die EUSTa wird voraussichtlich Anfang 2021 ihre Arbeit aufnehmen. In der überarbeiteten Verordnung (EU, Euratom) Nr. 883/2013 (der sogenannten OLAF-Verordnung) ist festgelegt, wie das OLAF mit den Staatsanwälten der EUSTa zusammenarbeiten wird, um einen guten Schutz der EU-Finanzmittel zu gewährleisten.

https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/TA-9-2020-0363_DE.html

I n n e r s

EuGH; Rückführung unbegleiteter Minderjähriger

Der EuGH hat am 14.01.2021 in der Rechtssache C-441/19 (TQ / Staatssecretaris van Justitie en Veiligheid) entschieden, dass vor Erlass einer Rückkehrentscheidung gegenüber einem unbegleiteten Minderjährigen ein Mitgliedstaat prüfen muss, ob für den Minderjährigen im Rückführungsstaat eine geeignete Aufnahmemöglichkeit vorhanden ist. Außerdem darf der Mitgliedstaat die Rückkehrentscheidung nicht vollstrecken, wenn zum Zeitpunkt der Abschiebung keine geeignete Aufnahmemöglichkeit mehr gewährleistet ist.

<http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?text=&docid=236422&pageIndex=0&doclang=FR&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=23465126>

EuGH; Schlussanträge – Gerichtsstand nach der DSGVO

Generalanwalt Bobek hat am 13.01.2021 seine Schlussanträge in der Rechtssache C-645/19 (Facebook Ireland Limited, Facebook Inc., Facebook Belgium BVBA / Gegevensbeschermingsautoriteit) vorgetragen. Er vertritt die Ansicht, dass die Datenschutzbehörde des Staates, in dem sich die Hauptniederlassung eines Verantwortlichen oder Auftragsverarbeiters in der EU befindet, eine allgemeine Zuständigkeit hat, um gerichtliche Verfahren wegen Verstößen gegen die Datenschutz-Grundverordnung in Bezug auf grenzüberschreitende Datenverarbeitung

einzuleiten. Die anderen betroffenen nationalen Datenschutzbehörden seien gleichwohl befugt, in Situationen, in denen es ihnen die Datenschutz-Grundverordnung spezifisch gestatte, derartige Verfahren in ihren jeweiligen Mitgliedstaaten einzuleiten. <http://curia.europa.eu/juris/document/document.jsf?jsessionid=EEDF60AA1333DC4FD846BB100CC0C4E2?text=&docid=236410&pageIndex=0&doclang=DE&mode=req&dir=&occ=first&part=1&cid=22557112>

Rat; neue EU-Drogenstrategie 2021 - 2025

Der Rat hat am 18.12.2020 eine neue EU-Drogenstrategie für die Jahre 2021 - 2025 beschlossen. Die neue EU-Drogenstrategie soll dabei alle Säulen der europäischen Drogenpolitik abdecken: Starke sicherheitspolitische Maßnahmen zur Verringerung des Drogenangebots und gesundheitspolitische Maßnahmen zur Prävention, Behandlung und Schadensminimierung, die ergänzt werden durch die übergreifenden Themen Internationale Zusammenarbeit, Forschung und Koordinierung.

<https://data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-14178-2020-INIT/de/pdf>

Bildung und Kultur

Kommission; Europäische Kulturhauptstadt 2025; Kulturminister bestätigen Chemnitz

Am 11.01.2021 hat die Ständige Konferenz der Kultur-Ministerkonferenz in DEU per Videoschaltkonferenz getagt und auf ihrer Sitzung die auf EU-Ebene vorausgewählte Stadt Chemnitz bestätigt. Im Wettbewerbsverfahren um den Titel „Kulturhauptstadt Europas 2025“ in DEU hatte die europäische Auswahljury am 28.10.2020 ihre Votenempfehlung bekanntgegeben. Chemnitz hatte sich gegen die Städte Nürnberg, Hannover, Hildesheim und Magdeburg durchgesetzt. Ins Rennen gegangen waren insgesamt acht deutsche Städte, von denen sich fünf für die zweite Runde im Wettbewerbsverfahren qualifizieren konnten. Die Kulturministerkonferenz dankte in ihrer Sitzung der Vorsitzenden der europäischen Auswahljury, Sylvia Amann, für ein Gespräch, in dem wesentliche in den Medien im Zusammenhang mit der Auswahl der Kulturhauptstadt Europas 2025 aufgeworfene Fragen rund um die Transparenz des Prozesses geklärt werden konnten. Die Ministerkonferenz wird sich nun per Beschluss weiter mit der Thematik rund um die Auswahlprozesse befassen und hierzu den Austausch mit Kulturkommissarin Mariya Gabriel suchen. Auch SLO wird neben DEU für das Jahr 2025 eine europäische Kulturhauptstadt bestimmen. Die Kulturstiftung der Länder führt im Auftrag der Kultusministerkonferenz die praktische Organisation des nationalen Auswahlverfahrens durch. DEU stellt 2025 nach 1988 (West-Berlin), 1999 (Weimar) und 2010 (Essen/Ruhrgebiet) zum vierten Mal eine Kulturhauptstadt Europas. Die Bewerbungen wurden von einer Jury aus zwölf unabhängigen Fachleuten geprüft. Zehn Jury-Mitglieder werden dabei von EP, Rat, Kommission und AdR benannt und zwei von den nationalen Behörden des Mitgliedstaates. Das Programm „Kulturhauptstädte Europas“ wurde 1985 auf Initiative der damaligen griechischen Kulturministerin Melina Mercouri ins Leben gerufen und hat sich zu einer der sichtbarsten Initiativen der EU-Kulturpolitik entwickelt.

https://ec.europa.eu/germany/news/20201028-chemnitz-wird-kulturhauptstadt_de

EP; Arbeitsdokument im INGE-Sonderausschuss vorgestellt

Berichterstatlerin MdEP Kalniete (EVP/LET) hat am 11.01.2021 im EP-Sonderausschuss zur Einflussnahme aus dem Ausland auf alle demokratischen Prozesse in der EU, einschließlich Desinformation, (INGE) ihr Arbeitspapier vorgestellt. MdEP Kalniete stellt darin fest, dass „Europa lange so getan [habe], als hätte es keinen Grund zur Furcht“ mit Blick auf Einflussnahmen von Drittstaaten. Die Arbeit des INGE habe aber bereits gezeigt, dass insoweit Schlupflöcher bestünden, Koordination und Ressourcen in Europa nicht hinreichend seien, und Gesetzgebung fehle. Die Verbreitung von Desinformation über COVID-19 belege die Notwendigkeit „robusterer und besser koordinierter EU-Bemühungen“ zur Bekämpfung von Desinformation im weitesten Sinne. Die Berichterstatlerin fordert u.a., die analytischen Fähigkeiten und die Kommunikationsfähigkeiten des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) auszubauen und das Frühwarnsystem in der EU weiterzuentwickeln. Ferner sollen die gesellschaftliche Resilienz gegen Desinformationen und die Unabhängigkeit der Medien gestärkt werden. Das Arbeitsdokument befasst sich außerdem mit der Rolle von Online-Plattformen, der Finanzierung politischer Kräfte aus dem Ausland sowie der Cybersicherheit. In der Aussprache der INGE-Mitglieder stieß das Arbeitsdokument auf große Zustimmung. Insbesondere Desinformationen über Impfungen gegen COVID-19 sowie die Rolle von sozialen Medien bei Desinformationskampagnen bildeten Schwerpunkte der Debatte. Das Arbeitsdokument bereitet den Abschlussbericht des Sonderausschusses vor; weitere INGE-Arbeitsdokumente sollen im Laufe des Jahres folgen.

https://www.europarl.europa.eu/meetdocs/2014_2019/plmrep/COMMITTEES/INGE/D/2021/01-11/1220809DE.pdf

EU – Förderprogramme

Kommission; Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen in den Bereichen Innovationsaufnahme und Digitalisierung im Tourismussektor

Am 15.12.2020 veröffentlichte die Kommission eine Aufforderung (COS-TOURINN-2020-3-04) mit dem Ziel, die Verbreitung von Digitalisierung und Innovation durch kleine und mittlere Unternehmen (KMU) im Bereich Tourismus durch transnationale Zusammenarbeit und Kapazitätsaufbau zu fördern. Die Aktion zielt darauf ab, eine Stärkung der transnationalen und grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, insbesondere der Integration von Tourismusunternehmen und Interessengruppen in transnationale und interregionale Innovationsökosysteme zu erreichen, um ein intelligentes und nachhaltiges Wachstum von Tourismus-KMU zu ermöglichen. Die Förderung der Kapazitäten und Fähigkeiten von KMU zur Verbesserung des Einsatzes neuer digitaler Technologien, was zu neuen Geschäftsmodellen im Tourismus führen könne, stehe ebenfalls im Mittelpunkt des Interesses. Außerdem solle eine Förderung innovativer Lösungen zur Verbesserung des Tourismusmanagements und des Tourismusangebots durch Zusammenarbeit innerhalb des Tourismus-Ökosystems, einschließlich öffentlich-privater Partnerschaften, erreicht werden. Das spezifische Ziel der Maßnahmen bestehe darin, transnationale und ökosystemübergreifende Unterstützungsprogramme zu entwickeln und einzurichten, um Kapazitäten für digitale Transformation, Innovation und intelligente Tourismuslösungen von KMU im Tourismusökosystem aufzubauen. Einsendeschluss für die Einreichung von Vorschlägen ist der 11.02.2021. Weitere Informationen und die vollständige EASME-

Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zu Innovation und Digitalisierung im Tourismus unter:

https://ec.europa.eu/growth/content/call-proposals-innovation-uptake-and-digitalisation-tourism-sector_en

V e r a n s t a l t u n g e n

Hessens Livestream der gemeinsamen digitalen Veranstaltung der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union und der Deutschen Bank AG zum Thema: „Sustainable Finance – so können wir die Nachhaltigkeitsziele erreichen“

Am 13.01.2021 fand eine gemeinsame digitale Veranstaltung der Vertretung des Landes Hessen bei der EU und der Deutschen Bank AG (DB) statt, bei der aktuelle Fragestellungen im Bereich nachhaltiger Finanzierungen aus unterschiedlichen Perspektiven beleuchtet wurden. In seinem Grußwort hob der Hessische Europastaatssekretär Mark Weinmeister hervor, dass Nachhaltigkeit kein Modewort, kein abstrakter Begriff sei, sondern ein konkreter europäischer Wert. Er verwies insoweit auf die Mitwirkung Hessens bei der Errichtung eines nachhaltigen Finanzwesens. Beispielhaft nannte Weinmeister das Green and Sustainable Finance Cluster Germany (GSFCG) in Frankfurt am Main und das Leibniz-Institut für Finanzmarktforschung SAFE (Sustainable Architecture for Finance in Europe) an der Goethe-Universität. Es folgte ein einleitender Impuls von Prof. Dr. Stefan Simon, der als Mitglied des Vorstands der DB und Chief Administrative Officer (CAO) für die Beziehungen zu Aufsichtsbehörden, Regulatoren und Regierung sowie für die Bereiche Recht und Governance verantwortlich ist. Er untermauerte, dass Nachhaltigkeit nicht nur den Klimawandel, sondern etwa auch Bereiche wie Artenvielfalt, Verschmutzung der Meere sowie zu einem hohen Grad soziale Themen und Standards umfasse. Der Bankensektor sei in diesem Kontext integraler Baustein zur Verwirklichung von Nachhaltigkeit. Die Geldhäuser stünden in der Verantwortung, den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandel durch Finanzierung nachhaltiger Projekte zu gestalten. Dabei spielten Nachhaltigkeitsaspekte nicht mehr nur bei der klassischen Kreditfinanzierung eine Rolle, sondern auch zunehmend in den Bereichen Fremdkapitalfinanzierung und Risikomanagement. Positiv hob Simon hervor, dass sich eine Vielzahl europäischer Banken dem Thema Nachhaltigkeit bereits angenommen hätten. Als Beispiel erwähnte er die Selbstverpflichtung der deutschen Banken, ihr Kreditportfolio so auszurichten, dass die Erreichung des Klimaziels im Pariser Abkommen unterstützt werde. Als perspektivische Ziele nannte Simon die Schaffung eines Rahmens für Nachhaltigkeit und nachhaltige Finanzierungen, die Herstellung eines Gleichgewichts unter den drei Pfeilern der Nachhaltigkeit (Umwelt, Soziales und gute Unternehmensführung) sowie das Setzen zielgerichteter und auf standardisierten und allgemein akzeptierten Messdaten beruhenden Anreizen. Anschließend wurde das Thema durch ein virtuelles Podium, moderiert durch den stellv. Chefredakteur der Börsen-Zeitung Dr. Detlef Fechtner, an dem die Vizepräsidentin des EP, MdEP Nicola Beer (RN/DEU), der Senior Vice President der BASF SE Stefan Schnell, der CFO Corporate Bank der DB Dr. Gerald Podobnik sowie der Kommissionsvertreter Martin Špolc von der Generaldirektion für Finanzstabilität, Finanzdienstleistungen und Kapitalmarktunion (FISMA) teilnahmen, erörtert. Zentrales Diskussionsthema waren die nächsten Schritte bei der Schaffung eines nachhaltigen Finanzwesens. MdEP Beer forderte in diesem Zusammenhang eine Rückkehr zu Realität, Praktikabilität und Proportionalität. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU) müssten im Rahmen der Nachhaltigkeitsbestrebungen besser

eingebunden werden. Podobnik unterstrich, dass die EU mit ihrer Taxonomie einen guten Start hingelegt habe. Jetzt gehe es darum, diese Taxonomie für unterschiedliche Unternehmensgrößen, unterschiedliche Branchen und unterschiedliche Komplexitäten anwendbar zu machen.

Hessens Livestream: XV. Europäischer Presseclub: 2021 – Perspektiven und Herausforderungen für die EU

In der Hessischen Landesvertretung diskutierten am 14.01.2021 im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Europäischer Presseclub“ die EU-Korrespondenten Zoltán Gyévai, Herausgeber der ungarischen Nachrichtenagentur Bruxinfo, und Matthias Kolb, Süddeutsche Zeitung, mit Michael Stabenow, ehemaliger EU-Korrespondent der FAZ. Im Fokus des Gesprächs standen drei Themenfelder: Die Corona Pandemie und die Rolle der EU, aktuelle Entwicklungen in den USA sowie weitere wesentliche Herausforderungen 2021 für die EU. Europaministerin Lucia Puttrich, die zu der Veranstaltung eingeladen hatte, betonte in ihrem Grußwort, Deutschland und die EU hätten in den letzten Jahren viele Krisen gemeistert. Auch die Corona-Krise habe Europa stärker zusammenrücken lassen. Neben der wirtschaftlichen Bewältigung der Corona-Krise gebe es jedoch weitere große Herausforderungen. „China, Russland und auch die USA warten nicht, bis die EU soweit ist, ihre Verantwortung in der Welt zu übernehmen. Wir müssen mit einer Stimme sprechen, um unsere ambitionierten Ziele zu erreichen,“ sagte Puttrich. In der anschließenden Diskussion ging es u.a. um die Impfstrategie in der Kommission, die in DEU eine heftige Debatte ausgelöst hatten. Aus Sicht von Kolb sind die Argumente der Kritik an der EU zur Impfstoffpolitik nicht überzeugend. Die EU habe in Absprache mit den Mitgliedstaaten (MS) früh agiert. Es sei unmöglich, in einer solchen neuen Krisensituation alle Wahrscheinlichkeiten einzuplanen. Gleichwohl zeige sie, dass die Bürgerinnen und Bürger Lösungen von der EU und der Politik erwarten. Zoltan Guévai erklärte, dass die MS die Vorteile einer EU-Koordination und Zusammenarbeit, z.B. in der Frage des Einkaufs von Impfstoffen, in dieser Corona Krise erkannt haben. Das gelte sogar für HUN mit seiner skeptischen EU-Haltung. Ein solcher Lernprozess sei positiv und könne für künftige vergleichbare Situationen Lösungswege vorzeichnen. Aus seiner Sicht schreite damit auch die EU-Integration weiter voran. Welche Rolle kann die Konferenz zur Zukunft der EU dabei spielen? Kolb bedauerte die zeitliche Verzögerung zum Start der Konferenz und die wenig aktive Unterstützung durch die MS. Zudem benötige man ausreichend Zeit für die Diskussion. Ein Abschluss 2022 sei evtl. nur für Präsident Macron wichtig, der mit dem Erfolg seiner Initiative zur Einbindung der Bürgerinnen und Bürger in die EU-Entwicklung im französischen Wahlkampf werben wolle. Des Weiteren ging es um die Situation in den USA. Kolb, der sich während des Präsidentschaftswahlkampfes von Donald Trump 2016 in den USA aufhielt, schilderte die damalige Situation. Trump habe mit seinen Parolen und seinem Verhalten einen Nerv der Stimmung in der Bevölkerung getroffen und habe viele „überrollt“, auch in der Republikanischen Partei. Viele Mitglieder hätten sich, auch aus Karrieregründen, dieser Dynamik schlicht angepasst. Verheerend sei das Versagen der Sicherheitskräfte im Kapitol gewesen. Leider würden diese Ausschreitungen in einigen Teilen der Welt als Schwäche der USA und des demokratischen Westens interpretiert. Kolb sieht Chancen für die Partner, EU und USA, um gemeinsame Handlungsstrategien in der Bekämpfung des Klimawandels, der multilateralen Regulierung und Normsetzung für die Digitalisierung zu erarbeiten und zu praktizieren. Diskutiert wurde abschließend über weitere wesentliche Herausforderungen in diesem Jahr für die EU. Man war sich einig, dass die portugiesische Ratspräsidentschaft die Umsetzung des Wiederaufbaufonds voranbringen müsse. Guévai sieht dabei auch als Hauptaufgabe der EU die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Diensten für die Bevölkerung, z.B. im Bildungswesen und im Gesundheitsbereich. Rechtsstaatlichkeit und die

Migrationspolitik seien ebenfalls wichtige Aufgaben. Ohne großen Druck werde sich in diesen Bereichen nichts bewegen.

V o r s c h a u

Auf folgende Tagesordnungspunkte von Sitzungen der nächsten zwei Wochen wird insbesondere hingewiesen:

Europäischer Rat

21.01.2021 Videokonferenz zur Impfstrategie

Rat

18.01.2021 Videokonferenz der Euro-Gruppe

19.01.2021 Informelle Videokonferenz der Minister „Wirtschaft und Finanzen“

20.01.2021 Informelle Videokonferenz des Gemeinsamen EU-Kuba Rat

25.01.2021 Rat Landwirtschaft und Fischerei

25.01.2021 Rat auswärtige Angelegenheiten

26.01.2021 Rat Allgemeine Angelegenheiten (Kohäsion)

Europäische Kommission

19.01.2021 Mitteilung zur Stärkung der wirtschaftlichen und finanziellen Souveränität

27.01.2021 Grünbuch zum Altern

Europäisches Parlament

Themen der EP-Plenartagesordnung 18.-21.01.2021

- Corona-Impfstoffe: Debatte über aktuelle Entwicklungen
- Sturm auf das Kapitol: Debatte über die politische Lage in den USA
- Flüchtlinge und Migranten an den Außengrenzen der EU
- Überarbeitung der EU-Liste der Steuerparadiese
- Europäischer Haftbefehl und Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten
- Vorstellung des Jahresberichts 2019 des Rechnungshofs
- Stärkung des Binnenmarktes: die Zukunft des freien Dienstleistungsverkehrs
- Europäisches Jahr des Kulturerbes: Erzielung eines wirksamen politischen Vermächtnisses

- Ausnahme bestimmter auf Drittländswährungen bezogener Wechselkurs-Referenzwerte und Benennung von Ersatz-Referenzwerten für bestimmte eingestellte Referenzwerte
- Künstliche Intelligenz: Fragen der Auslegung und Anwendung von für die EU geltenden internationalen Rechtsvorschriften in Bezug auf die zivile und militärische Nutzung und der Zuständigkeit des Staates außerhalb des Anwendungsbereichs der Strafgerichtsbarkeit
- Kontrolle der Anwendung des Rechts der Europäischen Union in den Jahren 2017, 2018 und 2019
- Ausübung der Rechte der Union in Bezug auf die Anwendung und die Durchsetzung internationaler Handelsregeln
- Überarbeitung der Leitlinien für das transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-V)
- Gemeinsame Aussprache - Gemeinsame Außen- und Verteidigungspolitik (Artikel 36 EUV) und Menschenrechte
- Umsetzung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik – Jahresbericht 2020
- Umsetzung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik – Jahresbericht 2020
- Menschenrechte und Demokratie in der Welt und die Politik der Europäischen Union in diesem Bereich – Jahresbericht 2019
- Vorstellung des Tätigkeitsprogramms des portugiesischen Ratsvorsitzes
- Sozial- und Beschäftigungskrise in der COVID-19-Pandemie und Reaktion der EU im Aufbauplan und im MFR
- FEAD: spezifische Maßnahmen zur Bekämpfung der COVID-19-Krise
- Angemessener und erschwinglicher Wohnraum für alle
- Recht auf Nichterreichbarkeit
- Geschlechtsspezifische Sichtweise in der COVID-19-Krise und der Zeit danach
- EU-Strategie für die Gleichstellung der Geschlechter
- Überwindung der digitalen Kluft zwischen den Geschlechtern: die Teilhabe von Frauen an der digitalen Wirtschaft

Ausschuss der Regionen

22.01.2021 ECON-Fachkommissionssitzung

- Aktionsplan Kritische Rohstoffe (Abstimmung)

29.01.2021 NAT-Fachkommissionssitzung

- Ein neues Konzept der Meeresstrategie für den Atlantik – Aktionsplan für den Atlantik 2.0
- Erfahrungen und Erkenntnisse der Regionen und Städte während der COVID-19-Krise
- Eine europäische Gesundheitsunion: Die Resilienz der EU stärken (Meinungsaustausch)
- Verordnung zur Bewältigung grenzüberschreitender Gesundheitsgefahren und Legislativvorschlag zur Änderung des

Mandats des Europäischen Zentrums für die Prävention und die Kontrolle von Krankheiten (ECDC) (Meinungsaustausch)

- Arzneimittelstrategie für Europa und Legislativvorschlag zur Änderung des Mandats der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA) (Meinungsaustausch)

Europäischer Gerichtshof

- 18.01.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-564/19 IS (Rechtswidrigkeit des Vorlagebeschlusses): Richterliche Unabhängigkeit in Ungarn
- 20.01.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-619/19 (Land Baden-Württemberg (Interne Mitteilungen)): Zugang zu Umweltinformationen über Stuttgart 21
- 20.01.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-288/19 (Finanzamt Saarbrücken): Ist die Überlassung von Firmenwagen für den privaten Bedarf mehrwertsteuerpflichtig?
- 20.01.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-872/19 P (Venezuela / Rat): Restriktive Maßnahmen: Venezuela
- 20.01.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-328/17 RENV (Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi / EUIPO): Markenstreit um BBQLOUMI
- 26.01.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in den verbundenen Rechtssachen C-422/19 und C-432/19 (Hessischer Rundfunk): Recht auf Barzahlung des Rundfunkbeitrags?
- 26.01.2021 Urteil des Gerichtshofs (Große Kammer) in der Rechtssache C-16/19 (Szpital Kliniczny im. dra J. Babińskiego Samodzielny Publiczny Zakład Opieki Zdrowotnej w Krakowie): Verbot der Diskriminierung wegen einer Behinderung
- 26.01.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gerichtshof (Große Kammer) in der Rechtssache C-3/20 (LR Generälprokuratūra): Immunität eines (früheren) EZB-Ratsmitglieds?
- 27.01.2021 Urteil des Gerichtshofs in der Rechtssache C-787/19 (Kommission / Österreich): Mehrwertsteuer – Sonderregelung für Reisebüros
- 28.01.2021 Schlussanträge des Generalanwalts am Gerichtshof in der Rechtssache C-742/19 (Ministrstvo za obrambo): Vergütung von Wachdienst bei der Armee

EuG

- 20.01.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-328/17 RENV (Foundation for the Protection of the Traditional Cheese of Cyprus named Halloumi / EUIPO): Markenstreit um BBQLOUMI
- 25.01.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T 648/19 (Nike European Operations Netherlands und Converse Netherlands / Kommission): Tax rulings in den Niederlanden – Nike und Converse
- 25.01.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-127/19 (Dyson u. a. / Kommission): Schadensersatzklage im Zusammenhang mit der Energieverbrauchskennzeichnung von Staubsaugern
- 27.01.2021 Urteil des Gerichts in der Rechtssache T-9/19 (ClientEarth / EIB): Antrag auf interne Überprüfung eines Finanzierungsvorhabens
- 28.01.2021 Mündliche Verhandlung vor dem Gericht in der Rechtssache T-913/16 (Fininvest und Berlusconi / EZB): Qualifizierte Beteiligung von Fininvest an Banca Mediolanum

Der nächste Bericht aus Brüssel erscheint am 29.01.2021.

Abkürzungsverzeichnis

Europäisches Parlament	
Fraktion der Europäischen Volkspartei (Christdemokraten)	EVP
Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten und Demokraten im Europäischen Parlament	S&D
Fraktion Renew Europe	RN
Fraktion der Grünen /Freie Europäische Allianz	GRÜNE
Europäische Konservative und Reformisten	ECR
Konföderale Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken /Nordische Grüne Linke	GUE
Fraktion Identität und Demokratie	ID
Fraktionslos	FL
EU-Mitgliedstaaten	
Belgien	BEL
Bulgarien	BUL
Dänemark	DNK
Deutschland	DEU
Estland	EST
Finnland	FIN
Frankreich	FRA
Griechenland	GRI
Irland	IRL
Italien	ITL
Kroatien	KRO
Lettland	LET
Litauen	LIT
Luxemburg	LUX
Malta	MTA
Niederlande	NDL
Österreich	AUT
Polen	POL
Portugal	PTL
Rumänien	ROM
Schweden	SWE
Slowakei	SLK
Slowenien	SLO
Spanien	ESP
Tschechische Republik	CZR
Ungarn	HUN
Zypern	CYP
Länder außerhalb der EU	
Vereinigtes Königreich	GBR
Vereinigte Staaten von Amerika	USA